

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Befestigungsband),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünz, verantw. Redakteur i. S. Erik Prenner,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befestinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Ver eins-Anzeigen
für die dreigepaltene Zeitzeile oder deren Raum 30.-.

Inhalt: Erfahrungen bei den Einigungsverhandlungen. — Die fechte Kongress der deutschen Gewerkschaften. — Politische Unschärfen. — Maurerbemühung: Streiks, Auskündigungen, Maßregelungen, Differenzen. Kriegsgefecht in München. Ein allgemeiner Streit der Dachdecker und Stukkateure. Aus Österreich Schlesien. Die Kämpfe in Schwerin. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Organisationsverhältnisse der Zementierer im Bau Mainzheim. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsz. — Aus anderen Berufen. Generalverhandlungen. — Gewerbliche Medizinpflege und Arbeitserziehung. — Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

einzelnen und großen Gebieten in ihrer Rücksicht und Starrköpfigkeit beharren. Diese Rücksicht und Starrköpfigkeit bildet eine große Gefahr für den gewerblichen Frieden überhaupt. Das Gelingen künftiger Vertragsabschlüsse ist davon abhängig, daß sich die Unternehmer zu der Erkenntnis durchdringen, daß sie in erster Linie verpflichtet sind, alles aus dem Wege zu räumen, was eine Fortpflanzung des Friedens hindert. Und zu all diesen Gründen tritt noch das tiefborechtigte Verlangen der Arbeiter nach einem Ausgleich zur Beseitigung ihrer Lebensbedürfnisse. Daß sich dies Verlangen in den jetzt beendeten Verhandlungen hat zurückdrängen lassen, ist, wie auch die Unternehmer wohl wissen werden, doch lediglich durch den Druck der slauen Geschäftstätigkeit verhindert und sobald dieser Druck nachläßt, werden die Arbeiter um so energischer fordern, was ihnen mit guten Gründen zu schaffen mehr verweigern kann. In diesem Sinne können wir die Ausführungen Dr. Preiners als durchaus berechtigt und angebracht anerkennen.

Einige andere Bemerkungen scheinen uns ebenfalls der Wiedergabe wert zu sein. Dr. Prener schreibt:

„Es zeigte sich ferner in sehr klarer Weise, daß gewisse prinzipielle Punkte auf dem Wege einer einfachen Vereinigung nicht aus der Welt zu schaffen sind. Die Parteien haben sich oft bereits vor dem Beginn oder im Laufe der Verhandlungen für gewisse Dinge derartig erwärmt, daß der Vorschlag eines freiwilligen Zusammensetzung als eine unbillige Summierung aufgefaßt und zurückgewiesen wurde. Hier mußte stets der Schiedsspruch der Unparteiischen eingreifen. Mehrmals erklärten die beiden seitigen Führer von vornherein, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, obwohl sie aus dem Gang der Verhandlungen wissen mußten, wie der Schiedsspruch lauten würde, und ob schon sie jeden gültigen Vorschlag, der den Inhalt des Schiedsspruches gleichfau, abgelehnt hatten. Hier bildete die Formulierung des Schiedsspruches für die Führer gegenüber ihren Auftraggebern wiederhol eine erwinliche Bedeitung.“

Das scheint uns psychologisch ganz natürlich zu sein. Wer in der Verhandlung die Forderungen seiner Auftraggeber in einer bestimmten Höhe vertreten hat, fühlt sich schon persönlich zu sehr darauf verpflichtet. Selbst wenn er klar erkennt, daß das von ihm Vertretene im Augenblick unerreichbar ist, wird er in diesem Stadium der Verhandlungen doch nur mit größter Überwindung davon abweichen können. Dies psychologische Moment ist eben da und wer wollte ihm das Daseintrecht bestreiten? Dann sprechen aber auch taktische Erwägungen mit, die Dr. Prener damit an deutet, daß er den Schiedsspruch als eine Deckung für die Führer gegenüber ihren Auftraggebern bezeichnet. Das trifft in gewissem Sinne tatsächlich zu und zwar für beide Parteien. In den Versammlungen werden die Forderungen aufgestellt, dort wird auch wohl ausgeschritten und beschlossen, bis wie weit man im schlimmsten Falle zurückgehen könnte. Aber solche Beschlüsse, besonders wenn man sie der Öffentlichkeit nicht vorenthält, haben oft weniger den Zweck, die Taktik für die ganze Bewegung festzulegen, als auf den Gegner einzuwirken; sie sind eben mehr Demonstration als Kriegspritze. Es kann aber gar nicht ausbleiben, daß sie von einem großen Teile der Auftraggeber doch dahin aufgefaßt werden, daß man nun unverbrüchlich fest an sie gebunden sei, und da es nicht möglich ist, diese mißverständliche Auffassung richtig zu stellen, so erklärt es sich, warum die Führer das Erreichbare lieber in einem Schiedsspruch von Unparteiischen als in einem selbstgeschlossenen Vergleich nehmen. Das ist also wahr, aber gleichwohl liegt darin etwas Niederdrückendes: die Scheu der klarklubenden Führer vor den mehr zielbewußten als wegkundigen Mitgliedern.

In seinen weiteren Ausführungen kommt Dr. Prener auf die Mängelhaftigkeit unseres Einigungswesens zu sprechen. Sie tritt allerdings auch scharf genug hervor. Wenn man bedenkt, für was man in Deutschland alles „Kemter“ und sonstige Behörden hat, so erscheint es fast ungewöhnlich, daß das gewerbliche Einigungswesen

seit der Schaffung der Gewerbegerichte gar keine Fortbildung erfahren hat, obwohl die Entwicklung der Lohnkämpfe eine solche dringend erheischt. Das Schiedsgerichtsverfahren bei solchen Bewegungen, wie sie die letzte Zeit brachte, schwelt völlig in der Luft und ist ganz auf die Selbsthilfe der Parteien oder auf private Initiative angewiesen. Aus diesen Erwägungen heraus schreibt Dr. Prener:

„Hier zeigt sich aber eine empfindliche, klaffende Lücke in dem gesetzlichen Aufbau des Einigungswesens. Es fehlt an einer geeigneten Behörde zur Erledigung von großen Arbeiterschlägen. Es haben sich zwar für die diesjährigen Verhandlungen drei Unparteiische gefunden, die das saure Amt der Verhandlungsleitung übernommen haben, allein nach den gebräuchlichen Erfahrungen kann dies nur ein notdürftiges Provisorium genannt werden. Schon die äußeren Umstände, unter denen die Verhandlungen stattfinden mussten, waren wenig geeignet, den Beteiligten ihre Aufgabe einzigermaßen erfüllig zu machen; es fehlt bei den Verhandlungen im Baugewerbe vor allem an einem geeigneten großen Verhandlungsräum, nicht an schlechten Nebenlositäten zu gesonderten Beratung der Parteien im Unparteiischen. Es waren auch die sonstigen Veranstaltungen nicht derart, daß sie einigenmaßen der Bedeutung der Sache nicht entsprachen. Es mangelt an dem nötigen Hilfspersonal, den notwendigen Verhörfestigungsapparaten für die schleunige Erstellung der oft umfangreichen Parteiaufträge, sowie der Schiedssprüche und Vorbrüche der Unparteiischen; es standen nicht einmal Schreibmaterialien in genügender Weise zur Verfügung. Abgesehen von diesen höchst ungünstigen äußeren Verhältnissen müssen in Zukunft für die Beleistung der Unparteiischen große Schwierigkeiten erwarten. Es ist anzunehmen, daß nach den Erfolgen im Bau- und Malergewerbe sowie in der Holzindustrie nationale Verhandlungen immer zärtlicher werden werden. Wer findet sich die Männer, die Zeit und Lust haben, neben ihren Hauptberufen derartige, vielleicht monatelange aufreibende Nebenbeschäftigung zu übernehmen? Welche Behörde versteht sich dazu, zu derartigen ständig wiederkehrenden Verhandlungen ihren Beamten längere Zeit zu beurlauben und für die Kosten aufzunehmen? Aber auch angenommen, der Geheimrat sieht über derartige Bedenken, so ergeben sich weitere schwierige Fälle, falls über die Auslegung des Normal-Tarifvertrages — wie bereits der Fall — Meinungsverschiedenheiten entstehen. Der Malertarif z. B. sieht ein Haupttarifamt, bestehend aus drei Unparteiischen und 16 Parteivertretern vor. Welche unparteiischen Personen sollen dieses ständige Amt übernehmen?“

Auf diese Fragen drängen mit Gewalt auf die Errichtung einer Centralstelle, die unter irgend einem Namen die von den Unparteiischen zu bewältigende Aufgabe zu übernehmen hat. Solange diese Centralstelle fehlt, kann von einer nur halbwegs befriedigenden Lösung des einigungswesens keine Rede sein.“

Es ist wohl anzunehmen, daß die Gesetzgebung hier bald eingreifen wird, nur muß es in anderer Weise geschehen, als man mit dem Entwurf über die Arbeitsamtern beabsichtigt.

Der sechste Kongress der deutschen Gewerkschaften. Auszüge aus den Referaten und Resolutionen.

Das Thema Gewerkschaften und Genossenschaften bedurfte nach den Beschlüssen des Düsseldorfer Genossenschaftstages ebenfalls noch einmal einer Beratung. Nach den damaligen Unstimmigkeiten haben die Generalversammlung und der Vorstand des Centralverbandes deutsch-konsumvereine miteinander verhandelt und eine Resolution vereinbart, die dem zu gleicher Zeit mit dem Gewerkschaftskongress tagenden Genossenschaftstag vorgelegt und von diesem, allerdings mit einem wiederum kritisierenden Zusatz, angenommen worden ist. Die einseitige Anerkennung der vorgängig erzielten Vereinbarung wurde in der Debatte scharf verurteilt, dagegen gab der Gewerkschaftskongress seinen Willen, auch künftig gute Beziehungen mit den Genossenschaften zu pflegen. Ausdruck, indem er die organisierten Arbeiter erneut an ihre Pflicht, den Konsumvereinen beizutreten, erinnerte. Der Beschluß des Eisenacher Genossenschaftstages wurde, soweit der Vorstand vorher beiderseitig vereinbart war, zur Kenntnis genommen und im übrigen die Generalversammlung beauftragt, mit dem Vorstand des Centralverbandes den Konsumverein erneut zwecks einheitlicher Auslegung der Düsseldorfer Resolution in Verhandlung zu treten.

Ein Wurm, der nicht sterben will, sind die Grenzstreitigkeiten. Glücklicherweise kommt unsere Organisation

lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen."

Damit waren die eigentlichen Verhandlungen erledigt. Die Wahl der Generalkommission, deren Mitglieder um zwei vermehrt wurden, ergab folgendes Resultat: Gewählt sind Bieg (Polkarbeiter), Stabe (Zimmerer), Silber (Färberei) (Maurer), Rob. Schmidt (Polkarbeiter), Sabath (Schneider), Knoll (Steinfeiger), Sassenbach (Sattler), Schumann (Transportarbeiter), Döllin (Buchdrucker), Cohen (Metallarbeiter), Drusel (Töpfer), Bauer (Bureauangestellter), Hölsch (Textilarbeiter).

Die Bergarbeiter, für die Sache auf der Vorschlagsliste stand, haben also keinen Vertreter bekommen. Wir bedauern das.

Das Schluswort sprach Kollege Böhm-Eichberg. Er stieß u. a. aus: Der Kongress hat seine umfangreiche Tagesordnung ziemlich glatt und in sehr kurzer Zeit erledigt. Mancher von Ihnen hat wohl von vornherein nicht angenommen, daß es möglich sein würde, den ganzen Stoff in fünf Tagen zu bearbeiten. Wenn wir dazu in der Lage waren, dann ist das ein Beweis dafür, daß die Delegierten Selbstbeherrschung geleert haben, daß Disziplin vorhanden ist, daß wir allmählich einsehen geleert haben, daß nicht jeder, der zum Kongress geht, reden kann, nur damit auch sein Name im Protokoll vermerkt ist. Ich will auch hinzufügen, daß der Kongress sehr nett und ruhig verlaufen ist. Ich glaube, daß er als einer der ruhigsten Gewerkschaftskongresse bezeichnet werden kann, den wir jemals gehabt haben. Wir können uns darüber freuen — einige Erregung hat es ja bei den Grenzstreitigkeiten gegeben, aber das waren nur kleine Nebenscheine. Wir können uns darüber freuen, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir vorlängig große Streitfragen nicht mehr auszuweichen haben. Es war sehr interessant auf diesem Kongress, daß die Generalkommission uns bei der Frage der Maisterie erklärte: wir haben uns in dieser Frage mit den anderen Zuständen der Arbeiterbewegung verständigen können, und auch der Referent zum Punkte Jugendorganisationen konnte diese Erklärung abgeben. Wir haben eine Frage auf dem diesmaligen Kongress gar nicht einmal berührt, eine Frage, die die Arbeiterbewegung nach dem letzten Kongress in helle Erregung versetzte, die Frage des Generalstreits. Warum haben wir sie heute nicht mehr berührt? Weil wir die Frage als abgetan betrachten durch die Verständigung, die in der Arbeiterbewegung erfolgt ist. Wir können heute mit Recht sagen, daß zwischen den beiden großen Teilen der deutschen Arbeiterbewegung es Differenzen in grundätzlichen Fragen überwunden nicht mehr gibt. Die Seiten sind vorüber, wo einer eifriglich sah auf den anderen, wo man es für die gesamte Arbeiterbewegung für gefährlich hielt, wenn sich die Gewerkschaften auf ihren Kongressen nur mit sozialpolitischen Fragen beschäftigten. Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß beide gemeinsam nach den großen Zielen der Arbeiterbewegung hinzuwirken müssen. Ich sage, wir können uns freuen darüber, daß dieser Zustand heute geschaffen ist. Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit große Aufgaben zu erfüllen gehabt. Die Aufgaben aber, die die Gemeinschaften für die Zukunft zu erfüllen haben, sind ohne Frage noch weit größer. In der Zukunft stehen die Gewerkschaften in dem Kampf um die Durchführung ihrer Grundsätze, großen geschlossenen Unternehmerorganisationen gegenüber. Wir kommen in diesem Kampf allmählich aus dem Meinungskampf mit den einzelnen Unternehmern oder den Unternehmen eines einzelnen Ortes hinaus zu großen zentralen Kämpfen und Bewegungen. Auf diese Zeit müssen wir uns rüsten. Ich sprach wohl in Köln den Wunsch aus, daß die Zahl der Mitglieder bis zum nächsten Gewerkschaftskongress zwei Millionen sein möge. Ganz haben wir dieses Ziel nicht erreicht, sind ihm aber ziemlich nahe gekommen. Heute gehen wir wieder mit dem Wunsche aus, daß noch eine weit größere Stärkung in bezug auf die Zahl der Mitglieder und die innere Festigung vor sich gehen muß. Dazu bedürfen wir der Einigkeit in der Arbeiterbewegung. Ich habe in Köln gesagt, daß wir brauchen wir Hilfe. Ich sage jetzt, daß wir brauchen wir Einigkeit. Gemeint war dort wie hier dasselbe. Das Wort Hilfe brauche ich aber nicht wieder, damit sich nicht gleich Leute hinsetzen und lange Leitartikel schreiben über das „Rübebeobachtung“ der Gewerkschaften. Wir brauchen dafür die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung, nicht den Streit, und wenn wir uns einig sind, werden wir auch sicher in der Folgezeit im Stande sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung an uns herantritt. Wir gehen jetzt ausseiner nach Süß und Ost, nach West und Nord — alle in dem Bewußtsein, daß unser draußen sehr viel Arbeit wartet, daß wir große Aufgaben zu erfüllen haben, aber auch alle mit dem festen Voricht, um uns herzurichten, um die große Arbeiterfrage ihrer Lösung näher zu bringen. Bevor wir voneinander scheiden, stimmen wir wie immer in den Rufen: Die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen sie leben hoch!

Die Delegierten stimmten begeistert in die Hochrufe ein und jungen stehend den ersten Begriff der Arbeitermarktfestlichkeit. Damit ging der Kongress auseinander.

Politische Umfrage.

Sozialdemokratischer Parteitag. Laut Besluß des vorjährigen Parteitages der deutschen Sozialdemokratie findet der diesjährige Parteitag in Nürnberg statt. Er wird vom Parteivorstand im „Vorwärts“ auf Sonntag, den 18. September, nach Nürnberg in die „Stadtliche Halle“ einberufen. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Geschäftsbuch des Vorstandes; a) Allgemeine; b) Organisation, und zwar I. Frauenorganisation; II. Jugendorganisation. Berichterstatter: H. Müller. c) Kasse und Presse. Berichterstatter: H. Schulz. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Gerlich. 3. Bildungsausschuss. Berichterstatter: A. Rabus. 4. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: E. Giehner. 4. Maisterie. Berichterstatter: A. Füller. 5. Sozialpolitik und der neue Kurs. Berichterstatter: H. Wollenbuh. 6. Die Reichsfinanzreform. Berichterstatter: B. Singer.

Geschehnerische Tätigkeit der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Kammer hat den Antrag eingekragt, die Staatsregierung zu erüben, bei Begehung staatlicher Ar-

beit und Lieferungen solche Unternehmer auszuschließen, die auf irgend eine Weise die Arbeiter in der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu verhindern oder sie zu einem Verzicht auf das Koalitionsrecht zu nötigen verhüten.

Am 22. Juni verhandelte die zweite bayerische Kammer über eine sozialdemokratische Interpellation, betreffend das Münzrechte des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, in dem die Mitglieder des Verbandes zur Entfernung der organisierten Privatbeamten aufgefordert werden. Der Interpellant führte aus, das Münzrechte bezwecke, durch Drohung mit Entlassung die Organisationen zum Austritt aus dem Verband zu zwingen. Ministerpräsident v. Bodenwiesl erklärte, die Koalitionsfreiheit sei durch die Gewerbeordnung eingeführt und die Gewerbeordnung müsse gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich angewendet werden. Gegen den Verband könne nicht so sehr gegegen werden. Dieses Münzrechte sei zur Zeit schwedenden Verhandlungen würden aber höchstens einen Ausweg ergeben, durch den Streitungen zwischen Industriellen und ihren Angestellten vermieden werden. Bei der Besprechung der Interpellation erklärten Redner aller Parteien, daß sie dieses Münzrechte entschieden verurteilten.

Die sozialdemokratische Fraktion des selben Parlaments hat beantragt, die Staatsregierung zu erüben, mit aller Energie etwaigen Plänen des Reichsschaffensfürs Sydow auf Einflußnahme einer Abgabe auf Elektrizität und Gas einzugegen zu treten und die Bewilligung dieser die Entwicklung der bayerischen Volkswirtschaft auf das empfindlichst störenden Maßnahmen mit aller Kraft zu verhindern.

Für die politische Freiheit der Beamten hat die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages einen Vorstoß unternommen mit Bezeichnung folgender Resolution zur Ausführung des Reichsvertrages:

Die bayerischen Staatsbeamten dürfen gemäß Artikel 7 der bayerischen Verfassungsurkunde hinsichtlich ihres Entlohnens und ihrer Beförderung in höhere Stellen oder Gehaltsschichten wegen ihrer politischen Gesinnung oder deren Bezeichnung in keiner Weise benachteiligt werden. Bei der Besprechung dieses Antrages unternahm es der Staatsminister Freiherr v. Dusch, das Recht der Regierung, von den Beamten eine „durchdringende Gesinnung“ zu verlangen und zu erzwingen, zu verneinen. Er sagte, § 7 der Verfassung habe mit der Beamtenidisziplin nichts zu schaffen. Es sei kein staatsbürgliches Recht, Beamter zu werden, also auch nicht eine politische Gesinnung nach Belieben zu betätigen. Man würde sonst bei vorläufiger Auslegung dahin kommen müssen, daß z. B. ein bayerischer Amtsvorstand sozialdemokratische Versammlungen abhalten und in diesen präsentieren dürfe. Auch sollte schon der Verfassungsfest, den gerade Sozialdemokraten vor erheblicher Gefahr innehatten, nicht leisten können, die Anstellung sozialdemokratischer Beamten aus.

Was der Verfassungsfest mit der politischen Gesinnung der Beamten zu tun hat, ist uns unverständlich. Dieser Fall kann unmöglich so gebeten werden, daß die Beamten, die ja doch auch soziale Staatsbürger sind und als solche die verfassungsmäßig garantierten staatsbürglichen Rechte genießen, keine eigene politische Gesinnung haben dürfen, vielmehr immer das tun müssen, was die Regierung willst. Wer einen Amtseid leistet, geht nicht die Verpflichtung ein, Gesinnungssklave der Regierung zu sein.

Eine neue politische Partei ist im Entstehen begriffen. Sie soll gebildet werden aus den Antikriegsvereinigungen und zwar auf der Grundlage der bereits bestehenden demokratischen Vereinigung. Diese Vereinigung zählt in Groß-Berlin bereits über 2000 Mitglieder und eine Anzahl Gruppen, so auch in Frankfurt a. M., Würzburg, Köln, Nürnberg und Erlangen. In anderen Orten, besonders in der Rheinprovinz, soll die Gründung weiterer Gruppen beobachtet werden. Die Vereinigung hält fürzlich eine außerordentliche Generalversammlung in Berlin ab, in der die Entwicklung zur eigentlichen politischen Partei und eine provisorische Organisation beprobeden wurde. Als wichtiger Termin für die offizielle Parteigründung wird der 5. September 1908 bezeichnet.

Weiter wurde die Errichtung einer Zentralstelle für eine demokratische Arbeiterbewegung beschlossen. Ein zu Massenverbreitung bestimmtes Flugblatt teilt folgende Programmpunkte für die neue Partei mit: 1. Verwirklichung kommunaler Selbstverwaltung. 2. Verwirklichung der Koalitionsfreiheit für Arbeiter, auch Handarbeiter und Angestellte. 3. Verwirklichung der Reichsgleichheit für alle Klassen, Konfessionen, Nationalitäten, Parteien und beide Geschlechter. 4. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in den Einzelstaaten und Kommunen. 5. Steigerung der Volksbildung, insbesondere durch Verbesserung der von der „geistlichen Bormundschule“ zu befriedenden Volkschule, neben der keine Grundschulen bestehen dürfen. 6. Wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters und Beamten, Sicherung ihrer Unabhängigkeit gegen Druck von oben. 7. Trennung von Staat und Kirche.

Eine demokratische Arbeiterbewegung braucht wirtschaftlich nicht geschaffen zu werden; sie existiert in der sozialdemokratischen Partei und den freien gewerkschaftlichen Organisationen. Der Antikriegsvereinigung wäre besser, in dieser Richtung nichts zu unternehmen, zumal da das Bewußtsein doch leider nennenswerten Erfolg haben kann. Er sollte seine ganze Kraft darauf konzentrieren, den Teil des liberalen Klerikertums, der noch nicht völlig politisch korrumpt ist, um seine Fähne zu sammeln, damit er auf dem Gebiete des politischen Kampfes in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie erfolgreich sich belästigen kann gegen Unterdrückung und falschen Liberalismus.

Ein politischer Streit. In Oberschlesien droht ein Ereignis, das bis jetzt in der Geschichte der Streit in Deutschland noch nicht dagehoben — ein Bergarbeiterstreit aus politischen Gründen. Die Direktion der Ferdinand-Grube hat Arbeiter entlassen aus dem offen ausgesprochenen Grunde, weil sie bei den letzten Landtagswahlen für die polnischen Kandidaten agitiert und gestimmt haben. Der radikal-politische Abgeordnete Korfanty, der einen starken Einfluß auf die katholischen Arbeiterorganisationen Oberschlesiens ausübt, hat sich der

Sache angenommen und in einer Versammlung von mehr als 2000 Personen eine Resolution durchgelegt, in der von dem Direktor der Ferdinand-Grube gefordert wird, daß die entlassenen Arbeiter binnen zwei Wochen wieder eingestellt werden, wibrigenfalls am 20. Juli der Streit beginnen werde. Die Arbeiter verlangen außerdem achtstündige Schicht und Nichtbeschäftigung von Nutzen unter Tage.

Der Streit würde nach unserem Ermessens durchaus berechtigt sein. Er kann einen sehr erregten Charakter annehmen. Denn wahrscheinlich werden, wie auch bürgerliche Wähler annehmen, die anderen Grubenbesitzer sich mit der Leitung der Ferdinand-Grube sofortig erklären, um ihre bisher ungeheure Herrschaft aufrecht zu erhalten. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß aus dem heftigen Streit der Arbeiters der Ferdinand-Grube ein Generalstreit oder eine Generalausperrung der oberschlesischen Bergarbeiter wird.

Die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Eine Darstellung dieser Finanzen, soweit es sich um Ausgaben, Einnahmen und Schulden handelt, verbindlichst das soeben erschienene Wirtschaftsjahresbericht zur Statistik des deutschen Reiches.

Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1907, für die Staatsrechnungen auf das Rechnungsjahr 1905.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen des Bundesstaaten 1908 Millionen Mark (darunter 158 außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 7746 Millionen Mark (darunter 415 außerordentliche).

Die Staatsentnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4967 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 7727 Millionen Mark; davon sind außerordentliche Einnahmen aus Gründstock, Anteilen und sonstigen Staatsfonds 142 beziehungsweise 400 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen, der Bundesstaaten stehen die Gewerbeaufzüge mit 2441 Millionen Mark in Ausgabe und 3355 Millionen Mark in Einnahme an erster Stelle. Der Hauptanteil hieran entfällt auf die Staatsentnahmen mit 1790 beziehungsweise 2488 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf die Domänen, Forsten, Bergwerke, die Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. Au Bösen, Aufzuh und Verlehrsteuern erhält das Reich 1851, die Bundesstaaten erheben 185 Millionen Mark; diese aufzuerden an direkten Steuern 534 Millionen Mark. Zusammen also 2070 Millionen, also mehr als zwei Milliarden Mark Steuern jährlich. Dazu kommen für die deutschen Reichs- und Staatsangehörigen noch die Städte- und Kreissteuern und die Kirchensteuern mit annähernd einer Milliarde, so daß die guten Deutschen an Steuern aufzubringen haben! Es ist bezeichnend, daß da manchen die Freude an den Herrschaften Preußen-Deutschlands vergeht, zumal jetzt ein neuer Posten von etlichen hundert Millionen neuer Steuern in Aussicht steht!

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Bezeichnung auf wichtige Bestände erbracht werden. Neben Überblicken seßlicher Rechnungsbücher, verfügbaren Staatskapitalvermögen usw. bilden die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 758 454 ha, an Forsten 4 985 682 ha. Die Staatsentnahmen repräsentieren eine Länge von 51 142 km und ein Anlagekapital von M. 14 110 000 000.

Die fundierten Staatschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahrs 1907 für die Bundesstaaten auf 12 887 000 000, für das Reich auf M. 3 644 000 000, die abwenden Schulden betragen insgesamt M. 233 000 000, sie entfallen in der Haupstaat auf das Reich (M. 180 000 000) und Hamburg (M. 51 000 000).

Im ganzen also haben die Deutschen an Reichs- und Staatschulden (die Kommunalen sind nicht mitgerechnet) 163 Milliarden Mark Schulden zu verzehren. Und immer noch ist kein Ende der Schuldenwirtschaft abzusehen.

Sydows Steuerpläne. Nach der „Königlichen Volkszeitung“ hat der Reichschausleiter Sydow das Brauereimonoyp und die Bierbrauerunternehmen zurückgezogen. Er fordert angeblich 500 000 000 neue Steuern jährlich, aber kein Reichsteuern- oder Vermögenssteuer. Vielleicht sei die Ausdehnung der Reichsberichtsteuer auf Kinder und Ehegatten geplant. Sydow will in erster Linie mehr aus dem Reichsbetrieb herausholen; die Reichspost soll dabei dreimal herangezogen werden, das erste mal durch den Telegraphen im gräßlichen, dann durch eine Erhöhung der Telefongebühren gebrächen, wobei jedes Wort über zehn mindestens sieben Pfennig kosten soll, und endlich durch eine Erhöhung der Zeitungsgebühren um 300 Prozent, da die Post an den Zeitungen 30 bis 40 000 000 Mark zahlt. Den Aufschwung von 35 bis 40 000 000 aus der Budersteuer soll das Bierbräu entgegen, ein Vorschlag, dem die süddeutschen Staaten Widerstand entgegenstellen. Tabak und Branntwein müssen gewiß bluten. Die Biersteuer soll allmählich bestellt werden. Die Duitungsteuer steht in veränderter Form wieder. Durch die Fahrkartensteuerreform soll die zweite Klasse herangezogen und die Steuer auf die erste und zweite ermäßigt werden. Den Gou der Reform bildet die von den Konservativen gewünschte Börse umfaßt er; sie soll angeblich ungeheure Summen abwerfen, indem sie mit 0,50 Prozent beginnt.

Offiziell schweigt Herr Sydow noch immer über seine Pläne; bis jetzt hat er immer nur versichert, daß er die 600 Millionen nicht hat, um die Reichsfinanzreform durchzuführen. Er wird nun aber doch bald mit seinen Plänen herausbrüsten müssen. Wahrscheinlich hat er außer den hier mitgeteilten noch andere Entwürfe. Das eine steht fest, daß er dem Reichstag eine neue, ungeheure Mehrbelastung des Volkes zutun wird, und da muß sich dann zeigen, ob der Block dieser Belastungsprobe gewachsen ist.

Die Frage der gelben Gewerkschaften ist auf einem Kongress der Gesamtliberalen in München behandelt worden. Der Referent, Arbeitersekretär Barnholz-Bärnberg verwarf unter Anerkennung der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen

Zusammenschluss der Arbeiter die gelben Gewerkschaften und ihre Tätigkeit; dabei kommt der Herr sich nicht enthalten, den liberalen Ordnungsmann herauszutragen und zu jammern über das „antinationale, antireligiöse und politisch-revolutionäre Programm der sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Mit nicht beseelten Werter Kühnheit behauptete er, diese Gewerkschaften hätten, ebenso wie die christlichen „Zersplitterung in die deutsche Gewerkschaftsbewegung getragen“!! Diese Behauptung ist zu absurd, um ernst genommen zu werden. Herr Barnholz ist Vertreter der Kirch-Dünnerchen Gewerkschaften, die gegründet worden sind zu dem ausgeschlagenden Zweck, eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu verhindern, und zwar zu einer Zeit, als mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften bereits der Anfang gemacht worden war. Verdienstvoller haben die Gewerkschaften der Harmonieapostel es zu nichts gebracht. Was bedeuten die hunderttausend Mitglieder, die sie jetzt haben gegenüber den zweit Millionen Arbeitern, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Es ist mehrlös absurd, dass da ein Kirch-Dünnerchen sich erdreistet, von einer Zersplitterung durch die freien Gewerkschaften zu sprechen. Zumindest aber wollen wir Herrn Barnholz zu gute stellen, dass er wenigstens von dem Ursprung der gelben Gewerkschaften nichts wissen will. Diese wurden in der Diskussion von dem Schlosser Dettingen-augsburg und einem gewissen Crispin-augsburg verteidigt. Da griff der Darmstädter Barstet Korell ein mit folgenden Ausführungen:

Nach den Erfahrungen aus meinen Wahlkreisen sieht die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit der Herausdrängung aller organisierten Arbeiter aus den Betrieben. Ich kann den Angriffen auf die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführer nicht zustimmen. Als Bürger und Politiker stehe ich nicht an, zu erklären, dass ich den Gewerkschaftsführern aller Richtungen meine höchste Anerkennung zoll. Sie sind in der Hauptzahl weit davon entfernt, bloß um des Gelben wegen für die Arbeiter zu wirken. Die Prototypen der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf so vergiftet, elend und persönlich führt wie niemand in ganz Deutschland und die Kriegsverbrecher mit ihrem militärisch reglementierten Geist und ihrer Feindseligkeit. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass man nicht zugleich liberal und Mitglied einer gelben Gewerkschaft sein kann. Die gelben Gewerkschaften sind eigentlich nur eine Zusammenfassung der unorganisierten Arbeiter. Ich aber habe fest gefunden, dass die organisierten Arbeiter, auch wenn sie unglaublich waren, die sittlich höherstehenden waren.

So wurde die Annahme einer Resolution erreicht, die ausdrückt, dass die gelben Gewerkschaften eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeuten und der Liberalismus jeden Zusammenhang mit ihnen ablehnt. Das ist recht schön und gut, aber wir sind überzeugt, dass das liberale Arbeitsherrn sich den Teufel um diese Resolution klammern wird.

Der Achtstundentag für Bergleute in England wird nunmehr Tatsache. Das englische Unterhaus hat mit großer Mehrheit, mit 390 gegen 120 Stimmen, diese Reform unter Annahme des betreffenden Gesetzesvorschlags beschlossen. Abgesehen eine Million Arbeiter gewinnen daraus den Vorteil, dass jeder von ihnen im Durchschnitt 1½ Stunden täglich weniger zu arbeiten braucht. Dieser Gewinn an Muße wird in erheblichem Maße dazu beitragen, die Gesundheit, das gesittige Leben, das Familienleben der Bergleute zu heben, und auch nicht ohne ähnliche Wirkung auf ihre wirtschaftliche Lage bleiben. Die Kohlengrubenbesitzer hatten verlust, außerhalb und innerhalb des Parlaments Stimmen gegen das Gesetz zu machen mit der Behauptung, dass es eine bedeutende Steigerung der Kohlenspreize bringen werde. Dem wurde aber selbst von Vertretern des Unternehmens widersprochen. So erklärte Sir. Mc Varen, dass die Haushalte pro Tonnen höhstens um 20 £, andere Kohlen um 25 bis 50 £ pro Tonnen steigen würden. Die Konsumanten hätten sich aus anderen Ursachen schon Preisssteigerungen bis zur täglichen Höhe von 1 Schilling gefallen lassen müssen.

Der Handelsminister Churchill trat mit großer Entschiedenheit für das Gesetz ein. Er erklärte, die Einführung des Achtstundentages sei zu fordern im Interesse der Gesundheit, Erholung, der Kultur und Erziehung der Arbeiter, deren Arbeitskraft an Intensität gewinnen werde. Er könne nicht einsehen, warum die Billigkeit der Produkte immer auf Kosten der Humanität erreicht werden sollte. Sein Fähigkeit, sich zu wundern, werde abschöpfen nicht durch den Verlangen des Bergleute, sondern er habe nur Bewunderung für die Kühle, die Rücksicht, die Behaglichkeit und die Selbstzufriedenheit, mit welcher die Leute im Seidenhut und weisser Weste die Notwendigkeit dieser Reform bestreiten. Er bemissteste das Gesetz um seiner selbst willen, aber noch mehr als Vorläufer einer allgemeinen Bewegung, zu einem Fortschritt auf dem Wege zur industriellen Demokratie.

Wie lange wird es in Preußen-Deutschland noch dauern, bis ein Minister zu solch vernünftiger und gerechter Ausschaffung sich aufschwingt und bis eine Parlamentsmajorität der Reform zustimmt?

Die russische Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig eine schwere wirtschaftliche Krise. Von allen Enden des Reichs kommen Nachrichten über zunehmende Not und Arbeitslosigkeit in Stadt und Land. Der Rückgang, der sich nach einem kurzen, unbedeutenden Aufschwung in den wichtigsten Industriezweigen bemerkbar macht, drückt erst vor allem die Arbeiter. Die Zeitung „Sowremenneje Stojo“ bringt darüber folgende Angaben: In Südrussland herrscht unter den Arbeitern und Angestellten der Zuckerfabriken eine furchtbare Arbeitslosigkeit. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeiten ist sehr gering. In den Kreisstädten der Gouvernements Twer, Kiew und Bobolot lagen tausende obdachloser, hungriger Arbeiter. Im Donezgebiet, dem Zentrum der südrussischen Montan- und Hüttenindustrie, werden die Arbeiten eingeschränkt. In Bessarabien (Gouvern. Odessa) sind fast alle Fabriken geschlossen. Die Arbeitslosigkeit hat von hier auf das ganze Gouvernement Odessa übergriffen. In den Ostherrschinen macht sich eine verstärkte Emigration der Landarbeiter nach Amerika bemerkbar. Furchtbar schreibt ist die Lage in den Wolgagouvernements. Die Flüchtlingsfahrt, die bisher Bahnreisen von Arbeitern ermöglichte, liegt daneben. Alle Städte an der Wolga sind mit Arbeitslosen

überfüllt, und täglich treffen neue Trupps hungriger Bauern aus den Dörfern ein. Man berichtet bereits von epidemischen Erkrankungen in den Wolgastädten: die Cholera erhebt schon wieder ihr Haupt. In Rayon von Palu, wo in Tausende von Arbeitslosen aus den inneren Gouvernements zuwandern, ist in diesem Jahre die Rapsproduktion eingestellt. Das Herz der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. In Sibirien kommt es täglich zu blutigen Zusammenstößen zwischen den ortsfesten Arbeitern und den aus den inneren Gouvernements ausgewanderten Bauern, die von der Regierung nach Sibirien gelockt, hilflos und obdachlos dastehen und bereit sind, für jeden noch so geringen Preis zu arbeiten. Die Fabrikarbeiter in russischen Städten sehen sich auf der heraufziehenden Krisis gezwungen, als Landarbeiter nach Preisen zu gehen. Die Not ist so groß, dass der politische Fabrikarbeiter selbst davor nicht zurücksteht, sich unter die Fuchsel preußischer Agrarier zu begeben.

Maurerbewegung, Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Männer:

Travemünde (Sperre über Söhrmann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), Wesselburen, Quickborn (Streiks);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich), Luckenwalde (Sperre über Ziehe in Woltersdorf), Neuenhagen (Sperre über Liesengang);

Pommern:

Pöllitz (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperre über Kofahl und Karge), Rastenburg (Differenzen);

Schlesien:

Märzendorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), Festenberg (Sperre über Steinbach aus Stieglitz), Hundsfeld - Rosenthal (Sperre über Vetter aus Weide);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Stoykay, Schrannstrasse, Artur Leonhardt in Stötteritz, Wasserturnstrasse), Mülsen-St. Niklas (Sperre über Förd. Döhni), Knautkleeberg (Sperre über David Dudley und L. Loos), Kenschberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), Schkeuditz (Differenzen), Stassfurt (Streik);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Stadthagen (Streik), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Munster, Westerstede und Umgegend (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Dortmund (Sperre über den Fabrikanten Leissner in Wambel), Eitorf-Barmen (Sperre über die Arbeiter der Firma Diedier & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Berg. Gladbach (Differenzen), Düsseldorf-Benrath (Sperre über Zensen);

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperre über F. G. Held und Störz), Darmstadt (Sperre über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementarbeiter);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Körksteinfabrik), Bassloch (Sperre über Bittlinger und Steidel), Colmar (Bauarbeiterstreik);

Bayern:

Flärrkirchen (Sperre über Sterzer), Lauf an der Salzach, Bad Aibling (Differenzen);

Fliesenleger:

Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks).

Isolierer und Steinholzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co.);

Schweiz:

Bern (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Leoben, Schüttenhofen, Spalato, Stockerau, Triesch, Troppan.

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagybecskerek, Mezitzar (Aussperrung).

Schweden, Norwegen:

Allgemeine Aussperrung.

Kriegsgefahr in München.

Aus Anlass des „Arbeitsnachweises“ sind unsere Münchner Kollegen mit dem dortigen Unternehmerverband schrift aneinander geraten, weil sie die Überzeugung gewonnen haben, dass der Nachweis eingerichtet und geleitet von dem Geschäftsführer Fellermeier, einzigt und allein ein Maßregelungsbureau ist. Auf dem Bureau des Arbeitsnachweises werden schwarze Listen geführt, und den gefeindeten Arbeitern wird auch dann keine Arbeit nachgewiesen, wenn mit anderen, die bei Fellermeier noch nicht im schwarzen Buche stehen, die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Um dieser Willkür zu begegnen und den Unternehmerverband zur Errichtung bezw. Auferlegung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu veranlassen, wird der Fellermeier sofort boykottiert. Drei Rundschreiben hat Fellermeier kurz hintereinander in Sachen des Maßregelungsbureaus an die Mitglieder des Unternehmerverbandes verlangt, wozu sie dringend erachtet werden, sich steng an die „Geschäftsordnung“ zu halten und seinem Mann am Bau oder durch andere Vermittlung einzufordern. Mit bestem Willen soll er sich aufgeben, doch seine Geschäftsordnung und Parität immer öfter von den Arbeitern durchkreuzt wird. Wie lange noch, dann brennt's. Womit wir nicht gesagt haben wollen, wie wir den Brand wünschen. Über der Brandstifter sei schon heute bekannt gegeben.

Gau Köln.

Der Unternehmer Bönen in Düsseldorf-Benrath weigert sich, den durch den Essener Schiedspruch festgesetzte Lohn zu zahlen, trotzdem er auf Wohlstand der Schließungskommission der Borsigwerk des Unternehmerverbandes nochmals aufgefordert hat. Somit blieb nichts weiter übrig, als über die Bauten des Benen die Sperre zu verhängen. Alle 46 Kollegen legten am 10. Juli einstimmig die Arbeit nieder.

Gau Leipzig.

In Golditz weigert sich bestimmt der Unternehmer O. Schirr aus Leipzig, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Als deswegen der Bau gesperrt wurde, suchte er Hilfe beim Döbelner Unternehmerverband und auch beim Bezirks-Arbeitsgeberverband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen, unter unrichtiger Schilderung des Sachverhalts. Der Gauvorstand jahd sich dann verantworlt, dem Vorstand des Bezirks-Arbeitsgeberverbandes die Unrichtigkeit des ihm gewordenen Vertrags nachzuweisen. Als Antwort ging ihm nun nachdrückend wiedergegebenes Schreiben zu:

Dresden-El. 28. den 7. Juli 08.

Im Benzin-Verband der Männer Deutschlands, zu Händen des Herrn Gauleiter Gustav Jacob, Leipzig.

Im Besitz Ihres geehrten Gebrüder reichen wir Ihnen anbei den Golbiger Arbeitsvertrag dandant zurück und teilen Ihnen auf den Inhalt Ihres Schreibens höf. mit, dass uns die Angelegenheit von Seiten des Döbelner Verbandes, dessen Mitglied die Baufirma Otto Schirr in Leipzig ist, nicht so berichtet worden ist, wie sie tatsächlich sich verhält.

Den Verband und auch die Baufirma Otto Schirr haben wir veranlaßt, sich an die Bedingungen des Golbiger Vertrages zu halten, und wird damit die Differenz wohl behoben werden.

Hochachtungsvoll
Bezirks-Arbeitsgeber-Verband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen.

Der Vorstand:
Ernst Noack, Königl. Hofzimmerschreiber, z. B. Vorsitzender.

Wie uns nachträglich berichtet wird, hat sich die Firma Schirr nunmehr bereit erklärt, 40 £ Stundenlohn zu zahlen. Die Sperre ist daher aufgehoben.

Gau Lübeck.

Zu der Sperre über Görner & Heidenreich in Lübeck wird uns von dem dortigen Zweigverein geschrieben: Allenfalls, wo die Kollegen einige Jahre in Aford gearbeitet haben, zeigt sich das Beste, die Arbeitsweise zu befehligen, weil ihre Schädlichkeit erkannt wird, und weil auch die goldenen Tage, die die Kollegen glaubten durch die Afordarbeit erhalten zu können, ausblieben. Auch zeitigt dieses System eine andere, weit schlimmere Begleiterfeindung: alle Solidarität, das Band, welches die Kollegen im wirtschaftlichen Kampf festen, wenn je zusammenhören sollte, geht zum Teufel, indem die Kollegen unter sich selbst eine Auswahl der Arbeitskraft vornehmen; diejenigen, die nicht im Bölsigkraft der Kraft sind, die von den Unternehmern verlangt wird, werden unbarbarherzig aufs Strafengefüster geworfen. Manch alter, ergrauter Kollege, der in seinen jungen Jahren aus Hessenland der daraus entstehenden Folgen, dem Tief nach Wehrdienst nachgebend, Befürworter dieses Systems war - heute verflucht er, was er früher vielseitig propagiert hat. Jetzt weiß er, obgleich das Alter noch nicht so drückend ist, dass seine Kräfte nur zu früh aufgezehrt und krankheit und Sichtschaden die Folgen sind. Aus alledem ergibt sich - und alle Berufskollegen sollten zu der Einsicht gelangt sein - dass die Afordarbeit das allerwertvollste Arbeitsmittel ist. Bekannt ist auch, dass die Unternehmer die Afordarbeit als ein Mittel zur Berufssplitterung der Arbeiterorganisation benutzen. Hier am Orte war die Afordarbeit bis dato fremd. Wenn auch in den früheren Jahren Anzeichen vorhanden waren, die auf geheimen Aford von Zwischenunternehmern hinwiesen, oder dass auch mal öffentlich ein Bau im Aford geprüft wurde, so verschwanden doch diese Ercheinungen bald wieder, dann der Disziplin, die in unseren Reihen herrsche. Als nun in diesen Jahren der Tarif mit dem Basisus: Afordarbeit ist zulässig, abgeschlossen wurde, glaubten einige Elemente, jetzt sei der Afordarbeit Tarif und Tarif geöffnet. Die wurden gleich aus dem Berufe ausgeschlossen. Es haben sich aber im Laufe von vier Monaten noch sechs hinzugesellt, so dass die Zahl der Afordarbeiter jetzt 18 beträgt; auch die letzten sind am 8. Juli ausgeschlossen worden. Es sind dies: Böhme, Hammerle, Böttger, Kolsa, Schulz, Tiefen, Kolsa ist aus Kappeln, wo die Kollegen in der Aussperrung lagen, hier zugereist und ließ sich dann von der Gesellschaft fangen.

In der letzten Zweigvereinsversammlung, wo wir uns mit der Sperre beschäftigten, kam allgemein zum Ausdruck, dass wir mit unserer Taktik so weiterfahren müssen und keine Ver-

anlassung haben, sie zu ändern. Wir sind immer noch der Meinung, daß es für Sieber nur eine vorübergehende Erfreilung ist. Nur möchten wir die Kollegen noch warnen, sich nicht hinzulassen zu lassen, die Altkönigmauer zu belästigen, denn die Gesellschaft ist zu allem fähig. Durch Verlehrungen aber sind sie nicht zu befehlern. Hoffentlich kommt bei ihnen die Reue nicht zu spät.

Gau Magdeburg.

Der Streit in **Stadt** dauer fort. Zugang von außen ist bis jetzt noch nicht weiter eingetroffen, bis auf drei Männer und zwei Bauarbeiter aus Eisenberg, die die Oberschicht auf der Gesamtstadt als Spezialarbeiter ausführen sollen. Aus dem Reiben der Streitenden sind leider zwei zum Streitbrecher geworden, was aber dadurch wieder ausgesetzt wird, daß von den siebenhundert Kollegen einer sich und angeschlossen hat, so daß die Situation unverändert ist.

Gau Mainz.

In **Waldkirch** hatten sich unsere Kollegen endlich aufgerafft zu einer entschlossenen Sitz. Viele Jahre hindurch war es nicht möglich, sich zur Einigkeit zu bringen. Nun hat der könige Erfolg ihrer sehr bald einen schönen Erfolg gebracht. Durch den Streit ist es gelungen, endlich die zehnständige Arbeitszeit tatsächlich einzuführen. Endlich müssen die Unternehmer das System des Tagelohnes aufgeben und an dessen Stelle den Stundenlohn einführen. Es wurde vereinbart, daß der Stundenlohn 1908 45 Pf. und 1909 46 Pf. beträgt. Nun gilt es für die Waldkirchener Kollegen, fest zusammenzuhalten, um das Erreichte auch hochzuhalten.

In **Lambrecht** war aus der Sperrung über Brem ein Streit geworden, weil nach vierwöchiger Dauer Brem immer noch nicht geneigt war, sich mit uns zu einigen. Es wurden deshalb allen Unternehmern Forderungen übermittelt. Bei den Verhandlungen, wozu wir die Unternehmer schriftlich eingeladen hatten, gelang es nur, mit zweien einig zu werden. Es wurde deshalb der Streit beendet. Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters fanden nun am 10. Juli wieder Verhandlungen statt. Ein Tarif wollten die Unternehmer auch jetzt noch nicht annehmen. Nach langem Hin und Her einigte man sich aber zuletzt doch auf folgende Erklärung:

Unter dem Vorstoß des Herrn Bürgermeisters Böfinger traten heute die Unternehmer zu einer Verhandlung zusammen. Es wird folgende Vereinbarung getroffen:

"Vom Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung beträgt der Stundenlohn 48 Pf. Der alte Tarif bleibt im übrigen bis zum 1. Januar 1909 in Kraft. Der neue Tarif muß vor Ablauf des alten vereinbart sein."

Lambrecht, den 10. Juli 1908.

Für die Maurermeister: Brem, Denig, Maurer, Nordmann. Der Bürgermeister: Böfinger.

Diefer Vereinbarung stimmen die Kollegen zu. Sie haben eine Lohnerschöhung von 2 Pf. pro Stunde erzielt. Da die Arbeitszeitgleichheit in Lambrecht sehr laut ist, so bedeutet dieser Abhängigkeit einen schönen Erfolg. Moulag, den 18. Juli, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Umgebung von **Heidelberg** stehen wir bei der Durchführung des Vertrags auf Schwierigkeiten. In **Kirchheim** ist die Bautätigkeit ziemlich gut. Wir forderten deshalb von den Unternehmern die Anerkennung eines neuen Vertrags und für 1909 eine Lohnerschöhung von 2 Pf. pro Stunde. Der Unternehmer Stumpf einigte sich mit uns, aber Gießer und Fücher waren nicht zum Frieden geneigt. Am 9. Juli verübt unsrer Gauvorsteher Harter nochmals eine Erhöhung herabzuführen, aber es war vergeblich. Deshalb wurde der Streit erklärt. In Frage kommen etwa 20 Männer.

Nach Schulung der Redaktion läuft der Mittelung ein, daß der Streit nach einstiger Dauer beendet ist. Die Unternehmer erkennen den Heidelbergischen Tarif an.

In **Landau** kam es in der letzten Woche ebenfalls zu Differenzen. Ein auswärtiger Unternehmer hatte den Abbruch der alten Kosten übernommen und verlangte, daß dabei elf Stunden gearbeitet würde. Da in Landau seit Jahren die zehnständige Arbeitszeit tatsächlich eingeführt ist, so weigerten sich die Kollegen, elf Stunden zu arbeiten. Es kam zum Konflikt, und die Kollegen verlangten die Sperrung. Leider gelang es dem Unternehmer, Stolzener heranzubringen. Dadurch wurde die Sperrung aufgehoben; sie kamen auch und vertraten, nur zehn Stunden zu arbeiten. Ob sie das Versprechen halten, bleibt abzuwarten.

Gau München.

In **Nürnberg a. d. D.** hat nun auch der Unternehmer Stolzener den Vertrag unterzeichnet, so daß auch diese Sperrung aufgehoben werden konnte. Die dortigen Kollegen haben aber alle Kräfte, im persönlichen Verlehr mit den Unternehmern recht vorzüglich zu sein. Es besteht die begründete Vermutung, daß die Unternehmer versuchen, in irgend einer Weise Uneinigkeit unter die Kollegen zu säen.

In **Barrikirchen** ist der Streit mit vollem Erfolge beendet. Die Lohnerschöhung ist zurückgewichen, es wurden sogar manche Beobachtungen des alten Vertrages eingestanden. Die Polizei des Unternehmers hat gänzlich Schwärme gestellt. Unsere Kollegen haben sich in diesem Kämpfekampf geradezu mutigst benommen. Sieben Wochen lang haben sie aufserordentlich brav gehandelt. Wiederholte war es den Unternehmern gelungen, Streitbrecher zu töben, eben so oft wurden sie von unseren Kollegen wieder abgeschoben. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch manche Siegburger boten ihr möglichstes auf, um diesen Abwehrkampf zu nicht zu machen. Was es heißt, in einer breiten schwärme gegen einen siebenwochigen Kampf zu treiben, kann nur der begreifen, der diese Gegend kennt. Die Siegburgener haben diesen Sieg aber auch handfestslich ihrer Disziplin zu verdanken. Hätten sie nicht den richtigen Zeitpunkt abgewartet, so wäre der Erfolg recht zweifelhaft gewesen. Der Unternehmer Stolzener hat die neue Vereinbarung noch nicht unterzeichnet, er ist deswegen geherrscht. Es ist nun bereits acht Wochen ohne Maurer, obwohl er sehr dringende Arbeiten auszuführen hätte. Noch wenige Tage, und auch er wird mürbe sein.

In **Kelheim** haben am 4. Juli die Kollegen die Lohnforderung beschlossen. Verlangt werden 44 Pf. Stundenlohn

nebst den üblichen Zuschlägen. Die Forderung ist durch den Gauvorsteher den Unternehmern gestellt worden.

In **Laufers i. O.-B.** ist den Unternehmern am 28. Juni eine Lohnforderung gestellt worden. Eine Antwort war bisher noch nicht eingelaufen.

Fliesenleger.

Eine von den Unternehmern angehobene Verhandlung zur Beilegung des Streits bezw. der Aussperrung in **Westfalen** ist am Freitag der vorigen Woche ergebnislos verlaufen. Eine Kommission, drei Arbeiter und drei Unternehmer, hatten einige Tage zuvor beruflich eine Besprechung über die Altkönigmauer zu stande zu bringen. Das Angebot der Unternehmer war jedoch so wenig zufriedenstellend (fixe vier Orte der Abrechnung der bisherigen Fälle), daß es von den Kollegen allerorts abgelehnt worden ist. An diesem Streitpunkt, an dem die Verhandlungen endeten, haben sich auch einige Individuen verleiten lassen, den organisierten Maurern in den Rücken zu fallen. Troppan ist im Verlagerungszustand. Gendarmen und Polizisten sind hauptsächlich auf den Straßen zu sehen und unsere Streitposten müssen viel leiden; unter Kostümzettel wird mit Füßen getreten. Die österreichische Gendarmerie geht bis nach Klein-Höglitz den Streitbrechern entgegen und umgekehrt der preußische Gendarmerie geht wieder über die Grenze nach Österreich. So, die österreichischen sowie preußischen Gendarmen spazieren zusammen. Eine wenig rücksichtige Rolle in diesem Streit spielt der Polier Hendrich, obwohl ihm die Berechtigung unserer Forderung beweist sein muß. Denn obwohl dieser christliche Polier doch das ganze Jahr hindurch sein Gehalt bekommt, scheint er das ganze Jahr viel zu verdienen, daß er seine Kinder in die Fabriken schicken würde. Wieviel weniger kann dann der Maurer mit seinem jüngsten Lohn auskommen, der doch alljährlich einige Monate ohne Verdienst ist. Die Situation ist günstig; Zugang ist herzuhalten.

Aus Österreichisch Schlesien.

Aus **Troppau** wird uns geschrieben: Der Streit der Maurer dauert schon die sechste Woche. Die am 19. Juni stattgefundenen Verhandlungen verliefen resultlos. Die Unternehmer geben durch Blattate; mittels deren für Streitbrechern führen, bekannt, daß sie für dieses Jahr nichts bewilligen können, aber nächstes Jahr gern bereit sind, in Verhandlungen einzutreten. Leider haben sich auch einige Individuen verleiten lassen, den organisierten Maurern in den Rücken zu fallen. Troppan ist im Verlagerungszustand. Gendarmen und Polizisten sind hauptsächlich auf den Straßen zu sehen und unsere Streitposten müssen viel leiden; unter Kostümzettel wird mit Füßen getreten. Die österreichische Gendarmerie geht bis nach Klein-Höglitz den Streitbrechern entgegen und umgekehrt der preußische Gendarmerie geht wieder über die Grenze nach Österreich. So, die österreichischen sowie preußischen Gendarmen spazieren zusammen. Eine wenig rücksichtige Rolle in diesem Streit spielt der Polier Hendrich, obwohl ihm die Berechtigung unserer Forderung beweist sein muß. Denn obwohl dieser christliche Polier doch das ganze Jahr hindurch sein Gehalt bekommt, scheint er das ganze Jahr viel zu verdienen, daß er seine Kinder in die Fabriken schicken würde. Wieviel weniger kann dann der Maurer mit seinem jüngsten Lohn auskommen, der doch alljährlich einige Monate ohne Verdienst ist. Die Situation ist günstig; Zugang ist herzuhalten.

Die Kämpfe in Schweden.

Der nunmehr fünfhundertwöchige Kampf der Bauarbeiterfamilie Stockholms ist als ein Glied in einer Kette von Kämpfen zu betrachten, die das schwedische Unternehmertum systematisch vorbereitet hat, um dem Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Damm entgegenzusetzen. Die kampffähige Organisation der baugewerblichen Arbeiter Schwedens hat, wie in Deutschland, die Löhne einer zeitgemäßen Reform zu unterziehen vermöcht. Die Grossindustriellen haben diese Aufwärtsbewegung der Forderungen zurückzuweisen, und nur soll sie aufgehoben werden, um solche Arbeiter, die sich nicht recht um den Stand der Dinge kümmern, zu töben. Mit der Aufhebung der Aussperrung ist tatsächlich an dem Stand der Bewegung nichts geändert. Die Unternehmer haben nach wie vor die Absicht, die Arbeitszeit zu reduzieren und auch andere Veränderungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Bon den Streitenden wird Klage gefügt über die

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

U

Ein großer Teil von Kollegen ist also durch die schlechte Konjunktur arbeitslos, ein Teil ist mit anderen Arbeiten beschäftigt und in Klein-Wangen leben; das zum Zweigvereinsgebiet Schlesien gehört, sind aus unserem Gebiet Kollegen beschäftigt. Eine bessere Arbeitsgelegenheit ist, nach den Bauerlaubnissen zu urteilen, die für Magdeburg erteilt sind, auch für den ganzen Sommer nicht zu erwarten. Daher sich die Unternehmer diese Arbeitslosigkeit zu nutzen haben, beweisen und viele Fälle. Mit einer Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen herbeizuführen, werden fortwährend Entlastungen und Neuordnungen vorgenommen. Die Löhne können, weil sie durch Vertrag festgelegt sind, nicht gefixt werden, umso mehr wird jeder einzelne zur Mehrleistung von Arbeit angemahnt und die Kollegen werden zu Pflichtarbeit angehalten, damit der Unternehmer zu seinem Profit kommt. Bei der Vergabe von Arbeiten unterstellen sich die Unternehmer und aus den Knoten der Arbeiter soll dann der Profit herausgeschlagen werden. Die Organisationsleitung hat auf verschiedene Weise schon wiederholt eingegangen, wenn die Kollegen mitmachen, dann werden diese Missstände nicht nur eingedrungen, sondern durch die Organisation befechtigt werden.

Oppeln. Am 5. Juli fand in dem von den Gewerkschaften gewählten Lokale eine Mitgliederversammlung statt, die nur mäßig besucht war. Von ca. 300 am Ort arbeitenden Mitgliedern sind bloß 60 erschienen. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Neumendorfer Sohnbewegung und Erledigung des von der Streitleitung gestellten Antrages auf Ausschluß der dort während des Streits arbeitenden Kollegen. Die Kollegen Stanislaus Gogolak aus Domstet, Stefan Breitwieser aus Sonnade, Rudolf Mohr aus Heimrichsfelde, Buhl aus Großwölkow und Picheler aus Bogdach, arbeiten schon längere Zeit bei der fraglichen Firma (Vater-Eigenen-Gesellschaft), die den in Breslau vereinbarten Stundenlohn von 57,-. Dagegen befürworten die nun eingestellten Kollegen 35 bis 40,- und die Biminer einen solchen von 40,-. Es kam zum Streit, woran sich sämtliche Kollegen bis auf die genannten beteiligten. Dasselben wurden von der Streitleitung auf ihr unsolidarisches Treiben aufmerksam gemacht, daß sie als Verbandsmitglieder das schwere Verbrechen begehen, wenn sie ihre Kollegen, die sich den viel zu niedrigen Lohn etwas verbessern wollen, in den Rücken fallen. Sie blieben aber bei der Arbeit und haben noch die Streitposten verhöhnt. Der Ausschluß ist also gerechtfertigt; sonst könnte sich in Zukunft jeder Streitbrecher auf die Kollegen berufen und sagen: „Ich bekomme den von Euch geforderten, ja noch höheren Lohn. Damit könnte jede Lohnbewegung unmöglich gemacht werden. Zu ihrer Befriedigung könnten die jungen „Arbeitswilligen“ nichts Sachliches vorbringen. Sie begründeten ihren Streitbruch damit, daß der Vorstand in Erfordernis gerupft habe, als andere arbeitslos waren. Was sie damit sagen wollten, haben sie nicht verstanden. Nach ihrer Meinung sollten wohl die Vorstandsmitglieder verpflichtet sein, ihre Arbeit zu verlassen, um für die Arbeitslosen Platz zu machen, und somit das ganze Jahr hindurch auf der Straße zu liegen. Es wurde ihnen klar gemacht, daß sie unmöglich von den Vorstandsmitgliedern verlangen. Mit der Notwendigkeit haben sich die Oppelner Kollegen überhaupt noch nicht ernstlich beschäftigt. Wenn wir sie bekämpfen wollen, müssen sich alle Kollegen dieser Pflicht unterziehen, nicht bloß die Vorstandsmitglieder. Nach verschiedenem hin und her wurden die Bemühungen mit 45 gegen 12 Stimmen ausgeschlossen. Dann wurde vom Vorstand nur die Bedeutung des Gewerkschaftsrats geäussert und verlaut gegeben, daß sich die Wahl von noch zwei Kartelldelegierten notwendig mache. Auch wurde ein Schreiben vom Kreisausschuss an die Beschwerdekommission verlesen. Aus dem Inhalt ist zu ersehen, daß den Hauptforderungen der Kommission stattgegeben worden ist.

Schwedt. In der schlecht besuchten Versammlung am 5. Juli waren 25 Kollegen von 140 anwesend. Kollege Erich Hahn aus Magdeburg hielt ein Referat über: „Die Arbeitslosigkeit im Baumgewerbe“ und schiberte in seinen Ausführungen, daß ein jeder Kollege das Recht hätte, Arbeit anzunehmen, wo ihm solche angeboten würde. Jetzt, bei der Arbeitslosigkeit, seien mehr reisende Kollegen auf der Landstraße als in den Winternmonaten. Die Unternehmer müssten jetzt die Zeit aus, die Führer der Organisationen, die bei guter Konjunktur besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen suchen, auf das Straßenpflaster zu werken und die Organisationen zu verpflichten, damit sie die Herren allein im Hause bleibten. Der Referent ermahnte die Kollegen, unsere Organisation mehr nach innen auszubauen und mehr auf Bauten und in den umliegenden Ortschaften zu agitieren und die übrigen Kollegen dem Verbande zuzuführen. Die Kollegen waren alle mit dem Referat einverstanden. Diskussion wurde nicht beliebt. Darauf wurde ein zweiter Vortragender und ein Kartelldelegierter gewählt. Dann wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal vorlesend. Dem Vorträger wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Schröder den Kartellbericht und ersuchte die Kollegen, mehr die Bibliothek in Anspruch zu nehmen, da es noch an Ausflüsterung fehle. Es wurde beschlossen, jedem Kartelldelegierten für jede stattfindende Sitzung 20,- zu gewähren. Darauf gings ein Antrag ein, daß sämtliche Kollegen verpflichtet seien, nach der Ortsnummer in der Mitgliederliste an dem Begräbnis der verstorbenen Kollegen und deren Ehefrauen teilzunehmen. Ausgeschlossen sind nur die genannten Vorstandsmitglieder, die ganzhabende Kollegen und die Kollegen, die das 45. Lebensjahr überschritten haben. Dieser Antrag wurde zur nächsten Versammlung vorliegend gestellt. Der Vorstand hatte den Antrag gestellt, Rentenunterstützung bei Frauen aus dem Protokollbuch zu streichen; der Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Es wurde weiter beschlossen, die Unterstützungsgefechte notleidende Kollegen von Fall zu Fall durch den Vorstand prüfen zu lassen, der dann das Gesuch der Versammlung zur Entscheidung vorzulegen hat, ob eine Unterstützung zu gewähren sei. Zum Landtagswahlkampf wurden M 20 debattelos bewilligt. Es wurde der Antrag an das Kartell gestellt, ein Gewerkschaftsfest zu arrangieren. In der nächsten Versammlung soll „Unter Stiftungsfest“ auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich mehr der politischen Organisation anzuschließen. Die Kollegen brauchten

keine Angst zu haben, daß sie der Polizei bekanntgegeben würden, da wir nach dem neuen Vereinsgesetz die Mitgliederliste nicht mehr einzutragen brauchen. Er erfuhr, sich den Arbeitervergnügungsvereinen anzuschließen und die „patriotischen“ Klubimverleih mehr zu meiden. Dann wurde den Kollegen anhängig gegeben, mehr den Beschlüssen der Versammlungen zu folgen, damit wir in der Arbeiterbewegung einen geschlossenen Gang bilden. Schluß der Versammlung 7 Uhr.

Siegen. Seit Wochen sind die Tarifverhandlungen im Baumgewerbe bewölkt, die Tarife sind gestrichen, und schwär auf weich stehen die Pflichten und Rechte, der vertragsschließenden Parteien auf dem Papier. Das ist aber auch alles, was an das Vorhandensein eines Tarifvertrages steht. Siegen und Sauerland erinnert. Der Vertrag steht hier auf dem Papier. Entgegen den Abmachungen (zweihundertfünfzig Arbeitszeit), wird mit wenigen Ausnahmen durchgängig 11 Stunden gearbeitet. Auch der tarifliche Lohn wird nicht überall gezahlt. Fragen wir, woran es liegt, nun, lange sitzen brauchen wir nicht. Die Antwort ist bald gegeben: es fehlt an einer den Unternehmern gegebenen Gewalt. Und hierin liegt die Gefahr. Die sogenannten Gewalt sind zugunsten der Gesetzlosigkeit bestimmt. Siegen und Sauerland sind die Gesetzlosigkeit für den Betrieb der Firma am untergeschloßenen Arbeitern. Obwohl hier die Löhne bedeutend niedriger sind als bei der Konkurrenz, obwohl die Arbeiter jahrs jährin auswärts beschäftigt sind, ohne die geringste Sozialzusage und sogar höhstens nur dreimal jährlich Sozialversicherung bekommen, so ist es doch noch nie möglich gewesen, in Neustadt selbst, am Sitz der Firma, eine nennenswerte Organisation ins Leben zu rufen. Alle Bemühungen schließen an der Freiheit der Arbeiter, es gibt es doch erwachsene Leute darunter, die es nicht wagen, Sonnabends abends am Bauarbeiterverzugsbogen, weil sie eine Stunde früher vom Arbeitsort weg nach Hause gefahren sind. Die meisten Frauen der verarbeiteten Leute müssen mitverdienen, um ihre Einkommen zu befreien. Aber gleichzeitig erfuhr ich, daß es nur 42,- Lohn erzielt. Also dieser Meilenstein hat wohlentlich keine 50,- für die Vertretung seiner Interessen vorgesehen, aber er bringt es ohne Part festig, ob er unter Vertraglohn zu arbeiten und dem Unternehmer zirka 11 Stunden wärend der einer Seite die indifferente Männer schuld auf den verarbeiteten Zuständen haben, dann können sich aber auf der anderen Seite auch die Unternehmer nicht damit einverstanden, daß die Arbeit für die zweihundertfünfzig Arbeitszeit nicht zu haben seien. Wenn die Herren mit dem guten Willen hätten, könnten sie schon für geregelte Verhältnisse sorgen. Aber viele Unternehmer jüdischen durch ihre Organisation Verträge, ohne ernstlich gewillt zu sein, das Vereinigte auszuhalten. Ist die Organisation der Arbeiter stark genug, dann fügen sie sich mit bitterer Weise in, aber das Gegeute der gall, nun davon hat man es ja nicht nötig. Solche Handlungswere zeigt jedenfalls wenig von moralischer Verantwortlichkeit, gefüllt dem Vertragpartner gegenüber. Man kommt uns nicht bei der Ausrede, die Arbeiter wollten 11 Stunden arbeiten, und wir könnten nichts dagegen tun. Fragen die Unternehmer denn jetzt nach dem Willen der Arbeiter? Niemals; bei jeder anderen Gelegenheit spielen sie den Herren im Dinge. Die Arbeiter wollen nun mandes, unter anderem verunreinigte Baumwolle, gute Gerüste, abgedeckte Balkenlagen, und sie wollten auch 5,- Lohnverhöhung. Seitens vereinfachten Forderungen zeigt man sich nicht zu gängig, da füllt man sich auch nicht zu schwad den Arbeitern gegenüber. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Gegen die Schaffung der Siedlungskommission müssen wir uns wehren; denn sollte sie zu Hause kommen, dann sind wir verhaft, meinte einer dieser Herren. Leider war es nicht möglich, der Unterhaltung länger zu lauschen, die Herren Baumgewerbe steigen an den Preisebene aus. Die Herren Stein, sie müssen sich dagegen wehren. Jedenfalls haben sie Bündnis dazu. Wie brauchen ja auch nicht lange nach den Bündnissen zu suchen. Nach diese Woche wurden vom Bemittler ausgetragen, daß die Kollegen aus dem Bau in Siegen vom Polier aufgefordert, genau so wie die anderen, bloß eine Stunde Mittag zu machen, also entgegen dem Vertrag 11 Stunden zu arbeiten, sonst würden sie entlohn. Wenn man die Arbeiter in solcher Weise terrorisiert, muß man auch derartige Einrichtungen wie die Siedlungskommissionen fürchten. Auch die Altendorner Männer erklärten uns, daß die Unternehmer keine organisierten Leute das. Also, Kollegen des Sieger- und Sauerlandes. Wollt Ihr, daß die Verträge eingehalten werden, dann ist es Eure Pflicht, für den Ausbau der Organisation zu sorgen. Tarifverträge haben nur dann Wert für uns und können nur dann eingehalten werden, wenn eine starke Organisation vorhanden ist. Ohne starke Organisation keine geregelten Verhältnisse; das mußt doch bald jeder begreifen haben. Deshalb sollt für Ausbreitung des Centralverbandes der Männer Deutslands. Ihr sollt nicht nur in Osten, wo unser Verband ausgeschreit ist, Eure Blicke tun. Dort ist es leicht. Mein, gerade hier, wo die Agitation noch mit allerlei Schwierigkeiten verknüpft ist, müssen alle Hebel angezogen werden. Ihr seid dazu berufen, diese schwierige Mission zu erfüllen. Also nicht träumen, befreite Städte, sondern mit arbeiten, damit sich auch in unserer Gegend zeigt, daß das, was jetzt noch nicht ist, noch werden kann.

Organisationsverhältnisse der Zementierer im Raum Mannheim.

Eine Arbeiterkategorie, die sich erst in der allerjüngsten Zeit der Organisation zugewandt hat, ist die der Zementierer. Abgesehen von Berlin und Hamburg, sind die übrigen Sektionen dieser Arbeiter erst im Laufe der letzten drei Jahre entstanden, haben aber doch schon namhafte Erfolge aufzuweisen. Leider sind die Verhältnisse inner-

halb der Organisation nicht immer die besten. Die Organisation ist diesen Arbeitern noch nicht ins Blut übergegangen; es herrschen unter ihnen noch zuviel persönliche Streitigkeiten und Eifersüchtigkeiten. Doch das sind Kinderfeindschaften jeder Arbeiterbewegung. Weder dieser Zeilen, die Kollegen auf eine Tatsache aufmerksam zu machen, die unter Umständen geeignet wäre, einen Hemmschuh für Bemittler zu bilden. Es betrifft die Arbeiter der Firma Böhme & Freytag. Diese Firma, wohin eine der größten der Branche, beschäftigt ständig allein in Süddeutschland, gering gesetzt, 400 bis 500 Bemittler und Güterschreiber. Von diesen ist der in Stuttgart und München beschäftigte Teil so ähnlich organisiert, während die in den Filialen Luxemburg und Straßburg sowie in dem Hauptgeschäft Neustadt a. d. O. beschäftigten Leute beinahe unverhüllt von der Organisation sind. Und hierin liegt die Gefahr. Die sogenannten Gewalt sind zugunsten der Gesetzlosigkeit bestimmt. Siegen und Sauerland sind die Gesetzlosigkeit für den Betrieb der Firma am untergeschloßenen Arbeitern. Obwohl hier die Löhne bedeutend niedriger sind als bei der Konkurrenz, obwohl die Arbeiter jahrs jährin auswärts beschäftigt sind, ohne die geringste Sozialzusage und sogar höhstens nur dreimal jährlich Sozialversicherung bekommen, so ist es doch noch nie möglich gewesen, in Neustadt selbst, am Sitz der Firma, eine nennenswerte Organisation ins Leben zu rufen. Alle Bemühungen schließen an der Freiheit der Arbeiter, es gibt es doch erwachsene Leute darunter, die es nicht wagen, Sonnabends abends am Bauarbeiterverzugsbogen, weil sie eine Stunde früher vom Arbeitsort weg nach Hause gefahren sind. Die meisten Frauen der verarbeiteten Leute müssen mitverdienen, um ihre Einkommen zu befreien. Aber gleichzeitig erfuhr ich, daß es nur 25 bis 30 Tage, bei seiner Familie sein kann. Aber dieser kostet auf einen Vorarbeiterposten, um dadurch seine Lage derbster zu können.

Diese Kollegen scheinen die Entwicklung der letzten Zeit nicht sehen zu wollen. Nebenbei, auf jeder einzingerufenen größeren Bemühung, wird in neuerer Zeit ein Teddier angeholt, der die Arbeit leidet und nur noch einen oder zwei Mann braucht, um die Arbeiter angreifen. Und wegen eines solchen Postens verzichten die Arbeiter der Firma Böhme & Freytag auf die Vorteile der Organisation. Wenn die Interessenlosigkeit der Arbeiter führt, beweist das Verhalten der Firma am Neubau der Bahnlinie A.G. Waldhof bei Mannheim. Obgleich sie im letzten Jahre den Mannheimer Tarif anerkannt, bezahlt sie an diesem Bau allerdings Böhme, bloß seinen Tariflohn. Wir mit unserem beschränkten Arbeiterstand, nennen dies Vertragsbruch. Aber eine solch große Firma steht sich wohl eine andere Moral erlauben, zumal, wenn sie, wie in diesem Falle, noch von den Arbeitern unterstellt wird. In einer am 24. Juni abgehaltenen Plankonferenz war nur ein verhindernden kleinen Teil der Bemittler anwesend, die übrigen zogen es vor, Nebenbuhnen zu machen. Die Organisation wäre wohl in der Lage, die Einführung des Tarifs zu erwirken. Aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter selbst mitmachen wollen zur Beseitigung der Missstände, kann sie vorgehen.

Einige Worte noch über die Stuttgarter Filiale. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für das Arbeitsverhältnis unter den Bemittlern bestehend, und sie unter die Bemittler, darunter die Herren Stein und Sammler, über die Siedlungskommission. Jedenfalls meinten sie, unter sich zu sein und machten darum ihren gedrehten Herzen Lust. Eine Erfüllung dieser im Interesse der Arbeiter liegenden Wünsche gibt es nicht. Wollen die Unternehmer in Zukunft als vertragsfähig angesehen werden, dann müssen sie bald für Einhaltung des Vertrages sorgen. Tun sie es nicht, so können wir sie in dieser Sicht nicht mehr ernst nehmen. Bis jetzt scheinen einige Unternehmer den Vertrag plausibel umgehen zu wollen. Dafür diene folgendes als Beweis. Am 21. Juni führte einer unserer Freunde abends nach 7 Uhr mit der Bahn nach Siegen zur Sieg. Dort wurde einige Kollegen gezeigt, als für

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterstößt nie, von Unsäßen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorlommissten auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Eure Fachblatt zu senden.

Tunnersdorf. Ein Unfall ereignete sich Dienstag, den 7. Juli, auf einem Neubau der Papierfabrik von Berger in Petersdorf. Auf der Vorberfront in der zweiten Etage wurde das Gerüst mit Material beladen, als es auf einmal ins Nollen kam und zusammenbrach. Der Maurer Hermann Krause aus Vogtsdorf wurde mit in die Tiefe, etwa 9 m, hingeworfen. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Kopfe, eine Verstauchung der linken Hand und einige Abschürfungen. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn der Unternehmer Raisher aus Petersdorf nicht so sparsam mit dem Gerüstmaterial gewesen wäre. Auch jetzt ist der Bau nicht vorschriftsmäßig abgedeckt, die Gerüste werden so mangelhaft gebaut, daß sie jeder Beschreibung wölten. Ein paar Minuten vor dem Unfall waren auch Maurer auf dem Gerüst zum Glück hatten sie andere Arbeit bekommen, sonst wäre der Unfall noch schlimmer gewesen. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden. Fünf Minuten vor 7 Uhr erlange ich Sie für den Unfall.

Als **H**agen i. W. wird berichtet: In **Silischede** füllt der Bauunternehmer Otto Stiefmeier aus Wetter a. d. R. nach den Polizeiergegenen Meine einen Neubau aus. Nachdem die erste Balkenlage gelegt war und mit Material belastet wurde, stürzten plötzlich zwei durchgehende Balken am Giebel in den Keller; auch ein Mauertritt in die Tiefe, er kam jedoch ohne Schaden davon. Die Kragsteine fielen darin zu jüden Staub, daß man auf einem T-Träger im Keller, der noch nicht vermauert war, eine Fachwand von Holz ausschüttete. Durch die Belastung der Balken wurde die Fachwand erschüttert und ist entweder von dem Träger heruntergerutscht, oder der T-Träger ist umgekippt. Weder ein Schüttgut noch Kellerabdeckung waren vorhanden. Und das passiert unter den Augen des **Bauteilern**, der preußischer Schuhmann ist. In **Gruenstadt** wird berichtet, der **Bauteilern** Walter Wolfslaff aus Gevelsberg einen Neubau aus, wobei diese Etagen nicht abgedeckt sind. Auch alle sonstigen Schubvorrichtungen fehlen. In **Hasperode** läßt der Fabrikbesitzer Kettler durch den Unternehmer Kettler einen Fabrikneubau errichten. Der Bau befindet sich am 1. Juli in einer Höhe von zirka 25 m. Als ein Steinträger, der Gerüste betrat, brach ein Gerüstbeleb und der Mann fiel mit der Last aus der Höhe einer Münzung herab. Etwas Wochen vorher brach auf derselben Baustelle am Giebel beim Aufziehen des Materials der „Golgen“ in einer Höhe von 25 m. Die Steine stürzten herab, und nur einem sehr glücklichen Zufall ist es zu danken, daß die unten beschäftigten italienischen Arbeiter nicht getroffen wurden. Auch stürzte an dem Halpel, welcher zum Aufwinden benutzt wird, die Sicherung (Schüppen). Es ist nichts davon bekannt geworden, daß die **Reichs-**
Westfälische Bauingenieurberufsgenossenschaft, aus deren Bereich diese Vorloniunghäuser gemeldet werden, von den Missständen auf diesen Bauten Kenntnis gehabt und zur Nachsicht der Unfallsicherheitsvorschriften seitens der Unternehmer irgend etwas getan habe. Mögliche sie vorläufig diese „Kleinfeiten“ durch die Arbeitersuperviseure zur Kenntnis nehmen und nicht nur hier, sondern allseitig für Abhilfe sorgen.

Am 7. Juli verunglückte der Maurer S. Nobis auf dem Neubau Markt 3. Er war beim Putzen des Giebels beschäftigt und ist durch Fehltritt rückwärts in den mit Glas verklebten Dachsaal des Nachbargebäudes zirka 17 m hinabgestürzt. Mit geschermetter Gliedern blieb er in einem Koffer liegen. Mit dem Sanitätswagen in die Klinik geschafft, starb der Verunglückte dort nach kurzer Zeit. Kollege Nobis hinterlässt Frau und acht unverehrfte Kinder. — Am 8. Juli fügte im Neubau Dönhoffsstraße eine große Betondecke ein. Der Bauherr wurde mit in die Tiefe gerissen. Zu früher Nachsicht soll die Urteile des Unfalls seien.

Langendreer. Am 7. Juli, nachmittags 2^o Uhr, verunglückte der Maurer und Verbandskollege Wilhelm Schütte aus Ettorf ein Bein abbrach, einer Schiene in Groß-Nelen, indem ihm ein Spaten auf den Kopf fiel. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch, woran er nach fünfzehn Tagen heftigen Schmerzen starb.

Sommeren, Karlsruhe, 18. Juli 1863.
Liebe Freunde!
Bei der Herstellung eines Werkes für Klempner-
fürstz. am 4. Juli der Maurer J. Preßler durch Ueberstülzungen
der Leiter aus der Höhe der zweiten Etage ab. Der Kollege
starb, ohne die Behlungen wieder erlangt zu haben. Der Maurer
das Ueberstülzungen der Leiter verursacht worden ist, kommt bis-
her nicht festgestellt werden. Am 9. Juli ist der Maurer
Befehl bei deparaturarbeiten mit einer Dritteleiter. Nachdem
Zerstüllter am Fuße war die Folge.

Deynhausen. Auf der Dampfsiegelei „Porta Westfalica“ in Döhne wurde von der Baufirma Ellemeyer & Mittelmeier ein Trockenkupplung aufgestellt. Nachdem er mit Falzriegel befestigt worden war, stürzte er in sich zusammen. Menschenleben sind bei dem Einsturz nicht zu beklagen; einige Arbeiter fanden mit geringen Hautabschürfungen davon. Die Einsturz hatten Bauen schon einige Tage vorausgelegt. Mangelhafte Konstruktionen deuten die Ursache des Zusammenbruches zu sein.

* **Brückeneinsturz in Köln.** Am 9. Juli, vormittags 10 Uhr, ist ein Gerüst der im Bau begriffenen Rheinbrücke Köln-Süd, die bestimmt ist, einen Teil des Eisenbahnverkehrs aufzunehmen, zusammengebrochen. Nach den bis vorliegenden Meldungen werden 13 Arbeiter vermisst, die wahrscheinlich alle den Tod in den Flüten gefunden haben, während 7 mehr oder minder schwer verletzt wurden. Der Oberbau der Brücke besteht aus Eisen, eingestürzt ist eine etwa 80 m lange hölzerne hölzerne Brücke, oder Gerüstbrücke, auf der zwei Krane standen. Nach Berichten der "Cölischen Zeitung" haben die vom Ministerium, der Eisenbahnverwaltung und der Staatsanwaltschaft herangezogenen Sachverständigen die Ursachen des Einsturzes feststellen können. Die Eisenkonstruktion, wie auch das Holzgerüst sollen solid und gut ausgeführt und die Standsicherheit durchaus sicher gewesen sein. Ein nicht auf diesen amtlichen Gutachten gehörender Fachmann berichtet der Zeitung:

Die Gerüstbrücke hatte sich schon vor einiger Zeit während der Verschiebung vom linken seitigen Holzgerüst auf das rechts seitige Auflager als zu schwach erwiesen. Damals hatte die zuständige Behörde der Firma "Union" die Weiterbewegung der Güterbrücke bis nach erfolgter Verstärkung untersagt. Diese Verstärkung ist daraufhin auch vorgenommen worden, ancheinend aber nicht in genügenden Maßen. Unfeinster scheint die Brücke in den letzten

dem umfangreichen Andertheits scheint die Brücke in den letzten Tagen, während die Hauptbrücke auf ihr montiert wurde, zur Erleichterung dieser Arbeit erheblich geschwächt worden zu sein durch teilweise Befestigung der eisernen Querverbände, welche die beiden Hauptträger der Hölftsbrücke oben an etwa zehn Punkten gegeneinander verfestigt. Nur noch an vier sogenannten oberen Knotenpunkten der Hölftsbrücke waren diese Querverbände nach dem Einfürgen zu erkennen. Gerade an der Stelle, wo zur Zeit gearbeitet wurde, wo daher besonders große Lasten auf der Gerüstbrücke ruhen, fehlten die Querverbände, sowohl die Trämmerei erkennen lassen. Dem Vernehmen nach sollten freilich die oberen Querverbindungen rechnungsmäßig überhaupt nicht erforderlich, sondern nur zur erhöhten Sicherheit angebracht worden sein. Dies scheint aber nicht zutreffen, denn die Art der entstehenden Verbiegungen der sogenannten Obergurte beider Hauptträger legt den Schluss nahe, daß der Einfürgen geschehen ist infolge Mangels an Seitensteifigkeit der Hauptträger, hervergerufen durch die teilweise Aufschubung ihrer oberen Verbindung untereinander. Danach war jeder der beiden voneinander getrennten Obergurte einzeln anfcheinend nicht stark genug, um die ihm auferzwungenen Kräfte aufzunehmen.

Noch andere Leute sind der Meinung, daß die eingekauften Gerüßpfähle unterstellt werden seien, wie auch verlautet, daß die Arbeiter schon einige Tage, zuvor Schwantungen des Gerüßt nachgekommen und Bedenken hätten, das Gerüßt zu betreten. Sedenfants sind alle diese Gerüchte und Nutzungen mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es erscheint überhaupt fraglich, ob mit einiger Sicherheit die vorliegenden Ursachen festgestellt werden können. — Die Herstellung der Brüde wird sich durch den Eintritt um längere Zeit verzögern, da vor dem Abschluß des Untertrüchung wohl nicht mit der Erneuerung des Gerüßts begonnen werden darf.

Baueinsturz vor Gericht: In Nr. 47 des „Grundstein“ vom Jahre 1907 berichteten wir von einem Baueinsturz in Böllingen. Der Vorfall war folgender: Am 13. November stürzte in der Bistoriastraße ein 15 m hoher Neubau ein, dessen Dachstuhl bereits gerichtet war. Ausgeführt wurde der Bau von dem Unternehmer Meyer, dem schon im vergangenen Jahre zwei Bauten zum Teil eingestürzt sind. Der Bau war vor zehn Tagen gerichtet und bereits gedeckt. Die Maurer waren bei der Fertigstellung der Innenwände beschäftigt. Kurz nach 4 Uhr begann der Dachstuhl zu kippen, Balken lösten sich los, das Mauerwerk wurde erschlittert und fiel in sich zusammen. Die Innenwände stürzten in den Keller, die Bordertfront auf die Straße. 13 Arbeiter unter sich begraben. Von den Verunglückten waren fünf tot und acht schwer verletzt. Der Einsturz war auf schlechten Mörtel und füher auch auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen.

Dieser Bäumeinsturz wurde am 17. Juni vor der Strafanstalt in Saarbrücken verhandelt. Meyer war wegen schäflicher Tötung und Verstoßes gegen die Regeln der Bautenkunst angeklagt. Die Gutachten der Sachverständigen weichen sehr voneinander ab. Die von der Auftraggeberseite geladenen Sachverständigen befürworten, daß der Einsturz auf berücksichtigte Ursachen zurückzuführen sei, die der Angeklagte durch seine Tätigkeit hätte abwenden können. Zugeständigt sei ein zu kurzer Träger verwendet worden, sodann die Druckverteilung ungenügend gewesen, die Peileiter der oberen Stockwerke hätten nämlich auf den Durchführungen des unteren geruht, und schließlich sei auch die Ausführung des Baues allzu schnell bei schlechtem Wetter und unter Benutzung von nicht einwandfreiem Mörtel erfolgt. Die von der Verteidigung zitierten Sachverständigen waren dagegen einstimmig der Ansicht, daß der an jenem Tage wehende heftige Sturmwind die Bordenwand des Baues zum Wanken und schließlich zum Zutreffenursturz gebracht habe, was dadurch leicht erklärlich sei, daß durch das vorhergehengane lange anhaltende Regenwetter das Mauerwerk unterwärts gewesen wäre; hierfür könne aber der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden, der auch nach dem Gutachten dieser Sachverständigen nicht gegen die anerkannten Regeln der Bautenkunst verstößen hat. Der Staatsanwalt hält auf Grund der Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten in

Eine der Anklage für voll erwiesen und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von vier Monaten; für den Fall, daß das Gericht die Sache nach dieser Richtung nicht für gerichtigt aufgeklärt erachtete, stellte der Staatsanwalt eine Reihe weiterer Beweisanträge. Auch der Verteidiger des Angeklagten, der für Freispruch eintrat, wollte eventuell mehrere Beweisanträge stellen. Nach längerer Beratung lehnte das Gericht die weiteren Beweiserhebungen ab und verhendete folgendes Urteilsspruch: Das Gericht hat als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte wider die auslaufenden Regel, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen,

lann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.
— Wie gering muß danach die Fahrlässigkeit sein, die Bau-
einstürze verschuldet und Menschenleben vernichtet!

* **Bautenkontrolle** in der **Amtsbaupräsidentenwirtschaft** **Bienna**. In der Zeit vom 17. bis 20. Juni hat die Bauarbeiterbefreiungskommission eine Kontrolle sämtlicher Bauten in der Stadt und **Amtsbaupräsidentenwirtschaft Bienna** veranstaltet. Auf 48 vorgenommenen Bauten (davon 1 Staats-, 2 Kommunalbauten) waren 724 Arbeiter (keine Arbeitnehmer) beschäftigt. An 25 Bauten waren Angenagerte geheilt, jedoch waren nur von 19 Bauten die Gerüste genügend hergestellt und verschwert. An 8 Bauten wurde überhand gemauert. Ganz besonders ist das in **Sebnitz** eingeführt, dazu noch in den verkehrsreichen Straßen der Stadt. An keinem dieser Bauten waren Schutz- und Fanggerüste angebracht. Auch an den übrigen Gerüsten waren die Bodenbretter- und Glander mangelhaft, bei drei Bauten fehlte sie ganz. An nur neuen Bauten waren die Lukensicherungen bis zur Fertigstellung der Steineinlagen, Maler-, Klempner- und Dachdeckerarbeiten stehengelassen. An vier Bauten sind die Arbeiten an Dach ohne Fang- oder Schutzgerüst fortgeführt worden. Zu Schmids hing ein Klempner förmlich in der Luft. Ein falscher, unvorsichtiger Drall oder Griff, und er wäre über die Etagen heruntergestürzt, um unten auf gepflasterten Hof geschnitten zu werden. In einem Bau war kein Schubgut über der Winde (Aufzug) angebracht. Bei drei Bauten fehlten an Laufbrettern und Treppen die Glander und Sodenbretter vollständig, bei fünf Bauten war es sehr mangelhaft. Auf drei Bauten waren nicht genügend Bodenbretter bei den Transportaufzügen zum Ausbau, auf den Arbeiten waren keine

ruben der Arbeiter vorhanden. Auf sieben Bauten waren einzelne Bausäulen nicht abgedeckt. Auf einem Bau, stellte man den Dachfluß auf, ohne auch nur eine Bausäule abgedeckt zu haben. Würde, ein Hahn auf die Unfallbertheitungsboxen! Auf sämtlichen Baus- und Wertplänen wurde zur Verhinderung der Staufenbildung nicht ein Tropfen Wasser gebrüngt. Bei dem Abriss eines alten Hauses war die Staufenbildung so stark, daß man die Bausäule kaum auf 5 bis 8 m stehen konnte. Dabei war der Abriss direkt an der Verkehrsstraße; Passanten und Fuhrwerke mußten direkt durch die Staufenwölfe hindurch. — Die Drinvoßgerlegenheiten waren in ganzem genommen befriedigend zu nennen. Das heißt, wenn den Arbeitern Zeit gelassen wird zum Brünni zu gehen! Bei einem Bau fühlte die Baubüro überzeugt, was waren nicht mit diesem Wasser zu tun?

haupt, zwei waren nicht mit blickten Seitenwänden versehen, bei einer Baubude war die Bedachung nicht dicht, an drei Buden fehlten die Fenster, an einer lagen die Fenster nicht geöffnet werden, drei hatten keine verriegelbaren Türen. Mit Holzböden waren nur 13 Baubuden versehen, 12 ohne Fußböden. Wie dringend notwendig es ist, auch im Sommer Fußböden in die Baubuden zu legen, beweisen die vielen Erstürmungen, denen ein Ballarbeiter ausgesetzt ist. — Auf zwei Bauten war kein Verbaubzeug vorhanden, dabei hatten die Arbeiter des einen Baues, der mitten im Walde auf Seilen hänglich isoliert liegt, eine rechtliche Stunde zu laufen, um bei etwaigen Unfällen Arzt oder Verbaubzeug zu holen, so daß, wenn der Rückweg vom Arzt dagerechnet wird, 2 bis 2½ Stunden vergehen, bevor der Verunfallte Hilfe zu sein wird. Unterstehen kann sich rückwärts ein Mensch, verhakt an einer Stange, nicht. Wenn

ruhig ein Mensch verbluten. — Bei 38 Bauten und Werkplägen war keine Anleitung zur ersten Hülfeleistung ausgehängt. Särsche zum Aufbewahren von Kleidern waren in keiner Baubude vorhanden. In zwei Baubuden waren keine Türe und Bänke vorhanden. Nur in zwei Buden waren Spindäpfe aufgestellt. In drei Baubuden wurden Baumaterialien gelagert, in einer sogar der Kastell gefüllt und aufgeschapelt, direkt neben den Ch- und Sipplägen der Arbeiter!! Ist das vielleicht den Vorrichtungen entsprechend oder der Gesundheit dienlich? Zwei Baubuden waren der Zahl der Arbeiter nach zu klein, auf einem Bau war der Aufenthaltsraum im Keller. Fünf Bauden wurden nur in Läufe der Woche mehrmals gereinigt. Aborte waren überall vorhanden, aber — bei drei Bauten konnte von der Strafe und den Nachbargebäuden aus hineingeschossen werden; zwei Aborte waren ohne dicke Bedachung, vier hatten dichten Fußboden, elf hatten Holzfußböden. 18 Aborte hatten Sipbreiter, wie es die Vorrichtung verlangt, 25 dagegen waren nur mit Käten resp. Breitern ohne Auschnitt verfehlt. 7 Aborte waren mit Türen verfehlt; dicke Grüben waren bei 9 Aborten vorhanden, dicke Tonnen bei 4, ausgeschachtete Grüben bei 30. Geregelter Abschuss wurde bei 12 Aborten befohlt, 11 wurden im Laufe der Woche regelmäßig gereinigt. Desinfiziert wurden 8; in allerläufiger Nähe der Baubude waren 2 aufgebaut, so daß es an schlechtem Geruch wirklich nicht fehlte. Bei 3 Bauten waren die Aborte der Zahl der Arbeiter nach zu klein, bei 39 Bauten — waren keine Pissvoranlagen vorhanden, Urin-eimer fehlten auf sämtlichen Bauten.

Diese Statistik sagt alles, was betreffs der Unfallverhütungsvorrichten not tut, was noch zu ändern ist, welche Paragraphen bestimmter definiert werden müssen, um keine Katastrophenbarkeiten aufzutreten zu lassen. Ferner muß angelebt der Feststellungen beaufsichtigt werden, daß von einer durchsprechenden Revision seitens des Behörden keine Rede sein kann. Die polizeilichen Schubvorrichten müßten gleich den Unfallverhütungsvorrichten an den Bauten ausgehängt werden. Aber auch dann wird die Mehrzahl der Unternehmer noch ihre Pflicht verfehlen, wenn sie nicht fortgesetzt durch die Arbeiter selbst und durch die Kontrolleure zur stetigen Nachsicht der Schubvor-

* Zum Bauarbeiterabschuss in Nürnberg. Nach langen Widerstreben hat endlich der Nürnberger Magistrat dem wiederholten Verlangen der dortigen Bauarbeiterföderation Rechnung gebracht und gefasst, daß die städtischen Baukontrolleure in öffentlichen Versammlungen Vorträge halten hätten über die Unfallgefahr und ihre Verhütung. Den ersten Vortrag hielt der Bauansteiger Elsner am 1. Juli im Saale der „Goldenen Rose“. In sachlicher und verständlicher Weise erläuterte der Referent, die Unfallberichtigungsvorschriften und legte den Anwesenden klar, mit welchen Gefahren von Anfang bis zur Vollendung eines Baues sie umgehen sind und daß es infolgedessen Pflicht eines jeden Bauarbeiters selbst sei, die Unfallverhütungsvorschriften zu respektieren und den Amtsträgern, wie auch den städtischen Baukontrolleuren, welche ja im Interesse der Arbeiter angefeilt sind, Folge zu setzen, damit in Zukunft Leben und Gehindealt aus den Bauten besser gesichert sind, als dies bis dato der Fall war. Beider Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. An der Diskussion wurden verschiedene schwere Missstände einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders war es auch wieder die Frauendarbeit, die scharf beurteilt wurde; denn obwohl derselben angehörenden Personen werden.

sie in den meisten Städten aus städtischen Gründen abgeschafft wurde, so hält das Münchner Unternehmertum noch mit alter Bösigkeit daran fest. Es kommt sehr häufig vor, daß Polizei oder mindesten auch Unternehmer selbst, im Beisein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter dieser Arbeiterinnen gegenüber Ausdrücke gebrauchen, die vor der Oeffentlichkeit nicht wiedergegeben werden können. Auch sonst läßt die Einhaltung des Bauarbeiterstuhzes und der Bundesarbeitsordnung sehr viel zu wünschen übrig, besonders gegenwärtig beim Rathaus-Neubau; denn dort werden die Anordnungen des Bauaufsehers wie auch des Assistenten, in keiner Weise gehandelt. Da durch das Submissionsdienstes die Preise sehr heruntergedrückt werden, sucht das Unternehmertum sich dadurch Schadlos zu halten, daß auf jegliche Art und Weise, wo es nur irgend möglich ist, der Arbeiterschutz umgangen wird. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute zahlreich verlassenen Bauarbeiter erfreuen an, daß es unbedingt notwendig ist, solche lehrreiche und praktische Vorträge, wie ihn heute der Referent vorgetragen hat, öfter entgegen zu nehmen, und spricht den Wunsch aus, daß der Magistrat auch in Zukunft den Bauaufsehern solche Vorträge die Erlaubnis erteile. Insbesondere ist bei den Behörden darum zu wirken, daß den Bauaufsehern und höheren Aufsichtsbeamten größere Machtschläge eingeräumt werden, um den Bauarbeiterstuhz auch im rigtigen Sinne zur Durchführung zu bringen.“

* Die Angst vor einer wirklichen Bautenkontrolle hat der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft wieder einmal folgenden Schlußfolgerungen: „Die Mitglieder werden hiermit dringend gebeten, eine Bautenkontrolle von anderen Personen als solchen, welche sich als technische Aufsichtsbeamte der Genossenschaft genständig legitimieren oder als städtische Beamte ausweisen, zu verhindern. Es ziehen sozialdemokratische Bautenkontrolle durch die Landes- und verbreiteten Schreckschüler von den Münzständen aus Bauten, die nicht kontrollierbar sind, aber doch im Reichstag benutzt werden, um auf eine gelegige Einführung der Kontrolle durch Arbeiterschutz zu hoffen. Wer nicht will, daß das Baugewerbe unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommt, verhindere die Revisionen durch angebliche Kontrolloren und welle sie von den Betriebsräten zurück.“

Die Angst der „Rheinisch-Westfälischen“ ist ganz unbegründet. Sie muß doch selbst das aßgerichtliche Interesse daran haben, daß die nun einmal nicht abzuleugnenden Mißstände beseitigt werden, und da die Berufsgenossenschaften dies allein nicht können — dafür liefern die Tafelchen ungäßige Beweise — sollte auch die „Rheinisch-Westfälische“ den „sozialdemokratischen“ Bautenkontrollorens dankbar für ihre Mithilfe sein. Das aus der Schilderung der vorgebrachten Mißstände Schreckschüler entstehen, ist doch nicht Schuld der Kontrolloren. Die stellen nur Tatsachen fest, und leider schreien sie immer noch nicht laut genug in die Welt hinaus, daß die Mißstände auf den Bauten und Bauplätzen geradezu gräßlich sind. Und wiederum sollte es die „Rheinisch-Westfälische“ als einen wahren Segen empfinden, daß dank der sozialdemokratischen Arbeiterschutzorgane sich die Gesetzgebung mit der Hebung der Schäden befassen muß. Leider hatte diese Befreiung bisher wenig Erfolg. Hätten die Berufsgenossenschaften die Macht und den ersten Willen, die Infrastruktur nach Möglichkeit einzudämmen, dann brauchten sich die Arbeiter nicht der besondern Gefahr der Bautenkontrolle auszusetzen und das Baugewerbe wäre von dem „Schrecken“ erlöst, unter „die Herrschaft der Sozialdemokratie“ zu kommen. Mit dem Kontrollenverbot zeigen die Berufsgenossenschaften nur, daß sie ein sehr schlechtes Gewissen haben. Überdies, würde es auch, wenn die Unternehmer es durchführen wollten, ein Schlag ins Wasser sein. Denn die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter werden ja immer in der Lage sein, die Schadwirkungen auf ihre Zuverlässigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen und über den Befund zu berichten. Dazu ist es viel eingehender als bisher tun, ist allerdings dringend nötig.

* Submissionsblätter. Die Eisenbahnerverwaltung in Niedersachsen hat eine Einzelbedienstung von 1000 in Länge auszuführen und veranstaltet zur Vergabe der Arbeit eine Submission. Beurteilat: Meyer & Lange-Gesellschaften M. 15 886, Heinrich Renfing - Dorsten M. 18 724, Karl Brand - Düsseldorf M. 11 300,25, Gott. Neumann - Eisen M. 7484,60, Anton Kruse - Recklinghausen-Ost M. 6837, Görlitz-Bismarck I. W. M. 5910, Hugo Stalberg - Recklinghausen M. 5537,41, Herm. Gers - Recklinghausen M. 4675,75. Die Differenz zwischen dem Höchst- und dem Riedrigsgebot beträgt M. 11 210,25, also gut 2 mal soviel als die niedrigste Oferre. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß nur Arbeitsschäden in Rechnung zu stellen waren, das Material steht die Verwaltung. Täglich Rechner, die! Baumeister!

Für Gleisarbeiten auf der Strecke Nord-Schleswig-Schleswig-Holstein forderten Kirchmeier - Flensburg als Mindestforderung M. 11 408,70, Janteb - Stettin als Höchstforderung M. 35 387. Der letzte forderte mitin mehr als den dreifachen Betrag. Der Durchschnittspreis betrug etwa M. 15 000.

Aus anderen Berufen.

* Die Lohnbewegungen des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1907 betragen nicht weniger als 1068 mit 170 182 Beteiligten in 438 Orten und 6580 Betrieben. Nachstehende Tabelle gibt zunächst eine Übersicht über die Art und den Umfang der Bewegungen im allgemeinen.

Art der Bewegungen	Bau der					
	Ge- meinden	Dör- fle	Städte	Teil- arbeiter	Ge- meinden	Organisierten
Angriffsstreiks	166	99	1294	24003	18947	10243
Abwehrstreiks	136	74	147	35422	10625	8656
Auswertungen	48	39	295	24108	23315	18269
Bewegung in ohne Arbeitsteilung:						2922
Angriffe	660	188	4782	173987	113826	71928
Abwehr	63	40	62	24287	8469	5184
Summa	1068	433	6580	291757	170182	109230
						18674

Wir machen auf die große Zahl der ohne Arbeitsentstehung erledigten Bewegungen aufmerksam, die offen rund 68 pro 1000 Bewegungen ausmachen. In den letzten vier Jahren hat der Anteil dieser „unlöslichen“ Kämpfe immer mehr angenommen; er betrug nämlich im Jahre 1904: 55,7 pro 1000, 1905: 66,9 pro 1000; 1906: 61,7 pro 1000 und 1907: 67,7 pro 1000. Um beurteilen zu können, ob wir es hier mit einer allgemeinen Erscheinung oder nur mit einer Wirkung des guten Geschäftsganges zu tun haben, muß man abwarten, welches Resultat in diesem und im nächsten Jahre herauskommen wird. Der Erfolg aller Bewegungen läßt sich zusammenfassen: 81 872 Personen erhielten eine Verstärkung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,9 Stunden pro Woche und 83 597 Personen eine Erhöhung des Lohnes um M. 1,45 pro Person und Woche. Durch die Abwehrbewegungen konnte für 1836 Betriebe die geplante Verlängerung der Arbeitszeit um durchschnittlich 3,4 Stunden pro Woche für 3288 Betriebe eine angebrochene Lohnkürzung von durchschnittlich M. 3 pro Woche abgewehrt werden. Die Kosten des Opfer aller Bewegungen geben aus folgender Tabelle her vor:

Welle erhöht, daß der Beitrag in der ersten Klasse, der nur weibliche Arbeiter- und jugendliche Personen unter 16 Jahren angehören können, 26,- pro Tag beträgt. In der zweiten Klasse beträgt der Beitrag 40,-, in der dritten Klasse 55,-. Die Wahl zwischen diesen Klassen steht den Mitgliedern frei. Die Sozialversicherung beträgt in der ersten Klasse 90,-, nach 12monatiger Mitgliedschaft M. 1,25. In der zweiten und dritten Klasse werden im ersten Jahre der Mitgliedschaft M. 1,50, später M. 2 pro Tag bezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den drei Klassen 70,-, M. 1 bzw. M. 1,50 pro Tag.

Gewerbliche Rechtsplege und Arbeiterversicherung.

* Ausländische Arbeiter und Unfallgefahr. In der letzten Nummer des „Tiefbau“ veröffentlicht der Vorstand des Tiefbau-Berufsgenossenschaft einen Bericht des Vertrauensmannes für Oberschlesien, des Herrn Hermann Broste, Beuthen O.-S., den derselbe anlässlich eines tödlichen Unfalls erwartet hat. In dem Bericht heißt es, daß in Oberschlesien in den Tiefbaubetrieben durchweg ausländische Arbeiter — Steiermärker, Kroaten, Galizier usw. beschäftigt werden. Diese ausländischen Kolonien reagieren in Trupps mit einem Kolonon oder Partieführer über die Grenze. Dieser Kolononführer ist meistens der Vertrauensmann der Arbeiter; immer aber der Dolmetscher derselben. Er ist meistens der einzige, der Deutsch spricht. Ohne diesen Kolononführer nehmen die Arbeiter keine Arbeit an. Dieser hat auch immer die Legitimationspapiere in Verwahrung. Wenn ein Tiefbauunternehmer so eine ausländische Kolonie einfiebt, so muß er auch den Kolononführer als Schadmeister oder Pfleger anstellen, ganz gleich, ob deswegen von den betreffenden Arbeitern eine Abmilderung hat oder nicht. Herr Broste sagt dann, daß erfahrungsgemäß nicht nur die ausländischen Arbeiter, sondern auch die als Schadmeister oder Pfleger angestellten Kolononführer von dem modernen Tiefbaubetrieb mit seinen vielfach sehr gefährlichen Maschinen und Werkzeugen keine Abmilderung haben. „Die Folgen davon sind gewöhnlich schwere Unfälle, wie auch hier im vorliegenden Falle.“

Der Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft bringt nun den Unternehmern den § 1 der Unfallversicherungskonvention erneut in Erinnerung, wonach die Arbeiten nur unter sachverständiger Leitung und Beaufsichtigung ausgeführt werden dürfen, und droht erneut mit eventuellen Ordnungsstrafen bezügl. Regelverstößen.

* Arbeitsschäden. Es gibt immer noch sehr viele Unternehmer, die über die gesetzlichen Vorschriften, betr. die Arbeitsschäden, ungenügend unterrichtet sind. Auch in den Kreisen der Arbeiter mangelt es hier und da noch an der nötigen Kenntnis. Daraus erwachsen sowohl jenen wie mancherlei Ungelegenheiten und Nachteile. Es ist deshalb nicht überflüssig, in der Presse von Zeit zu Zeit wieder einmal auf die einflächigen gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Die Gewerbeordnung (§§ 107 ff.) schreibt vor, daß minderjährige (unter 21 Jahre alte) Arbeiter mit einem von der Polizeibehörde ausgestellten Arbeitsbuch verliehen sein müssen. Diese Vorschrift gilt nicht nur für Fabrikarbeiter, sondern von kaufmännischen Angestellten abgesehen, für gewerbliche Arbeiter überhaupt, auch für Handwerksgehilfen.

Der Arbeitgeber (Habitant, Handwerker) darf minderjährige Leute nicht beschäftigen, wenn sie nicht mit einem Arbeitsbuch versehen sind. Auch wenn ein Gehilfe zu nächst zu Probe eingestellt wird, muß er ein Arbeitsbuch zuweisen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei der einzähnlichen minderjährigen Gesellen, Lehrlingen oder sonstiger Arbeiter das Arbeitsbuch diesen abzuhaben und es bis zur rechtzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses aufzubewahren. Er ist ferner verpflichtet, in das Arbeitsbuch die vorgeschriebenen Einträge über die Zeit des Eintritts und des Austritts und über die Art der Beschäftigung zu machen. Der Eintrag über die Zeit des Eintritts und über die Art der Beschäftigung ist vom Arbeitgeber gleichzeitig zu machen.

Anderseits ist es den Arbeitgebern verboten, in die Arbeitsbücher anderer Einträge als diejenigen, die im Gesetze vorgesehen sind, zu machen oder die Arbeitsbücher mit Merkmalen zu versehen, namentlich da in den Arbeitsbüchern keine Bemerkung über die Aufführung und über die Leistungen des Inhabers gemacht werden. Wenn ein Arbeitgeber eine Befreiung über seine Aufführung und über seine Leistungen zu üben hat, so muß er den Arbeitgeber darüber ein besonderes Zeugnis ausstellen.

Für die Arbeitgeber ist vom Reichstagsamt ein besonderes Formular aufgestellt (für männliche Arbeiter mit einem blauen, für Arbeiterinnen mit einem braunen Umschlag). In jedem Arbeitsbuch sind die für die Arbeitgeber geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung abgedruckt; den Arbeitgebern wird empfohlen, diese Bestimmungen nachzulegen. Das Arbeitsbuch wird auf Antrag des Vaters oder des gesetzlichen Vertreters des minderjährigen Arbeiters von der Polizeibehörde (Ortsvorsteher) seines letzten Aufenthaltsortes ausgestellt. Arbeitgeber, welche die Vorschriften über die Arbeitsbücher missachten, sind strafbar.

Fabrikanten, Handwerker und sonstige Gewerbetreibende sollen beachten, daß sie einen minderjährigen Lehrling, Gesellen, Gehilfen oder sonstigen Arbeiter (männlichen oder weiblichen Geschlechtes), dem sein Arbeitsbuch ausgestellt ist, nicht in Beschäftigung nehmen dürfen, und daß sie die Einträge in die Arbeitsbücher pünktlich zu vollziehen haben. Dies ist nicht bloß im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Arbeitgeber gelegen.

Die Vorschriften über Arbeitsschäden finden auf volksschulplättige Kinder, die in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden, keine Anwendung. Diese müssen aber, wenn sie nicht lediglich im Betriebe der Eltern oder Pflegeeltern beschäftigt werden, Arbeitskarten haben.

Ein Verbandstag der Photographengehilfen tagt am 7. und 8. Juni in Berlin. Die Mitgliederversammlung ist von 560 auf 380 zurückgegangen, da sich die Mitglieder in Dresden, Leipzig und München abgesplittet und eine Sonderorganisation gegründet haben. Vertreter dieser Sonderorganisation waren übrigens ausgeschlossen, diese aber für noch nicht prüfbar erklärt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder mehr als halb für die Frage zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Verbände die Grundlage für eine Verständigung zu suchen. Die Finanzen des Verbandes stehen jetzt seit einigen Jahren nicht ganz im Einklang mit den vielerlei Unterstellungen, so daß die Erhöhung der Beiträge ein Gebot der Notwendigkeit ist, wenn nicht die Unterstellung eingeschränkt oder die sonstigen Aufgaben der Organisation leiden sollten. Beslossen wurde, mit Beiträgen von 15, 20, 45 und 60,- pro 1000 einzutreten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den vier Klassen M. 4, 7, 11 und 14. In der Gustavskirche betragen die Beiträge 10, 20, 30 und 40,-. Die Unterstützungskästen A. 2,50, M. 5, 7,50 und 10,-. An Streifunterstützung werden M. 6, 9, 13 und 16 sowie M. 1 aufzuschlagen für jedes Kind bezahlt.

Ein Verbandstag der Photographengehilfen tagt am 7. und 8. Juni in Berlin. Die Mitgliederversammlung ist von 560 auf 380 zurückgegangen, da sich die Mitglieder in Dresden, Leipzig und München abgesplittet und eine Sonderorganisation gegründet haben. Vertreter dieser Sonderorganisation waren übrigens ausgeschlossen, diese aber für noch nicht prüfbar erklärt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder mehr als halb für die Frage zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Verbände die Grundlage für eine Verständigung zu suchen. Die Finanzen des Verbandes stehen jetzt seit einigen Jahren nicht ganz im Einklang mit den vielerlei Unterstellungen, so daß die Erhöhung der Beiträge ein Gebot der Notwendigkeit ist, wenn nicht die Unterstellung eingeschränkt oder die sonstigen Aufgaben der Organisation leiden sollten. Beslossen wurde, mit Beiträgen von 15, 20, 45 und 60,- pro 1000 einzutreten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den vier Klassen M. 4, 7, 11 und 14. In der Gustavskirche betragen die Beiträge 10, 20, 30 und 40,-. Die Unterstützungskästen A. 2,50, M. 5, 7,50 und 10,-. An Streifunterstützung werden M. 6, 9, 13 und 16 sowie M. 1 aufzuschlagen für jedes Kind bezahlt.

Ein Verbandstag der Photographengehilfen tagt am 7. und 8. Juni in Berlin. Die Mitgliederversammlung ist von 560 auf 380 zurückgegangen, da sich die Mitglieder in Dresden, Leipzig und München abgesplittet und eine Sonderorganisation gegründet haben. Vertreter dieser Sonderorganisation waren übrigens ausgeschlossen, diese aber für noch nicht prüfbar erklärt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder mehr als halb für die Frage zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Verbände die Grundlage für eine Verständigung zu suchen. Die Finanzen des Verbandes stehen jetzt seit einigen Jahren nicht ganz im Einklang mit den vielerlei Unterstellungen, so daß die Erhöhung der Beiträge ein Gebot der Notwendigkeit ist, wenn nicht die Unterstellung eingeschränkt oder die sonstigen Aufgaben der Organisation leiden sollten. Beslossen wurde, mit Beiträgen von 15, 20, 45 und 60,- pro 1000 einzutreten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den vier Klassen M. 4, 7, 11 und 14. In der Gustavskirche betragen die Beiträge 10, 20, 30 und 40,-. Die Unterstützungskästen A. 2,50, M. 5, 7,50 und 10,-. An Streifunterstützung werden M. 6, 9, 13 und 16 sowie M. 1 aufzuschlagen für jedes Kind bezahlt.

Krankenkassenbeamte contra Ortskassenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Der Centralverband von Ortskassenklassen im Deutschen Reich einerseits, sowie die Verbände der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und der Bureauangestellten andererseits haben eine Tarifgemeinschaft zur Regelung der Anstellungsbedingungen errichtet. Das ist gewiß ein nützliches Verfahren, wie sich auch gegen den Plan des Tarifs, das Vertragsmuster, nichts einwenden läßt. Diese Zustimmung können wir über dem Anstellungsvertrag nicht geben, soweit es sich um Kündigung und Entlassung von Angestellten handelt. In dem Anstellungsvertrag, der dem Tarifvertrag als Bestandteil beigegeben ist, heißt es nämlich:

„Als Kündigungsschreit wird beiderseits eine dreimonatliche, quartalstilige, vereinbart, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Kasse die Geltendmachung dieses Kündigungsschreits davon abhängt: 1. daß sich der Beamte gegen das Vermögen der Kasse einer strafrechtlich zu ahndenden Handlung schuldig gemacht hat; 2. daß der Beamte durch Strafurteil die bürgerlichen Ehrenrechte, sei es auch nur zeitweilig, verloren hat; 3. daß der Beamte auf Ausführung seines ihm durch die erfolgte Anstellung obliegenden Dienstpflichten sich grobe Pflichtverleihungen widerstellt, d. h. nach mindestens dreimaliger innerhalb dreier Jahre unter Entlassungsandrohung erfolgter schriftlichen Verwarnung hat zu schulden kommen lassen; 4. daß der Beamte dauernd außer Stande kommt, seinen Dienstpflichten nachzutun. Eine zeitliche Behinderung mag Krankheit, Sterblichkeit, dauerndes fortwährendes Gebrechen, Unterliegungshaft, Verhinderung einer Strafe oder andere Anlässe die Ursache sein, gewährt ein Kündigungsschreit, wenn die Dienstunfähigkeit bereits sechs Monate gedauert hat und der Grund derlei ist, daß der Kasse ein noch längeren Dauer oder aus herzelichen Ursachen sich ergebenden Wiederholung rechtfertigt. In den Kündigungsfällen zu 1 und 2 kann die sofortige Entlassung erfolgen, wenn nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entlassung ohne vorherige Kündigung zulässig ist. Hingegen ist auf Seiten der Kasse kein Recht zur Kündigung vorhan- den: wenn infolge Veränderung der Mitgliederzahl oder Veränderungen in der Verwaltung eine Verminderung des Kassenpersonals möglich wäre; es sei denn, daß die Personabreduktion aus diesem Grunde unabwendbares Bedürfnis ist und die Kündigung in der Weise geschieht, daß jeweils nur der Dienstangestellte der in Frage kommenden Beamtengruppe, nachdem auch seine bereits in einer anderen Beamtengruppe verbrachte Dienstzeit ange rechnet worden ist und nach vorheriger Entlassung nicht nach diesem Vertrag angestellter Helfsarbeiter von derselben betroffen wird. In den Fällen, der Veränderung der Mitgliederzahl infolge Überweisung von Mitgliedern an eine andere Verwaltungsstelle oder aus Gründen anderweitiger Organisationen der Kasse, der Veränderungen der Zusammensetzung derselben, bezgl. deren Gruppierung und deren Vereinigung muß die Kasse die Übernahme des Beamten an die neue Organisation zu den Bedingungen dieses Vertrages veranlassen oder dem Beamten unter Haftung ihres Vermögens, in wessen Verwaltung dasßelbe auch immer gelange, die vertragsmäßigen Beziehungen so lange gewähren, bis dem Beamten durch die Verpflichtung der Übernahme dieses Vertrages durch die andere Kasse oder Organisation Ersatz gewährt ist.“

Nach dieser Kündigungslösung wären die Kassen gezwungen, unbrauchbare und überflüssige Beamte Lebenslänglich zu erhalten oder sie zu den jeweiligen Bedingungen bei anderen Kassen unterzubringen. Wenn es dagegen dem Beamten in seiner Stelle nicht gefällt, soll er das Recht haben, kündigen zu dürfen. – Uns will bedienen, daß das eine sehr überspannte Forderung ist; wenn wir in einer Krankenkassenverwaltung etwas mitzutun hätten, würden wir solche Verträge mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Auf denselben Standpunkt hat sich auch der Vorstand der Ortskassenkasse des Maurergewerbes zu Berlin gestellt, und er hat sich dadurch die Wichtigkeit des Verbandes der Krankenkassenbeamten zugesprochen, die noch gefeiert wurde durch die Entlassung eines Bureauarbeite, der nach der Meinung der Beamtenvereinigung nicht erfolgen durfte. Mit dieser Mitteilung könnte die Angelegenheit in diesem Stadium für den „Grundstein“ erledigt sein, wenn nicht der Vorsitzende der angegriffenen Kasse der Vorsitzende unseres Verbandsausschusses, Kollege August Daeche, wäre und wenn nicht überlange Zeite ihm nachgelegt hätten: er vertrate gegen die Prinzipien der Arbeiterbewegung und gehöre daher nicht auf den Posten, den er inne habe.

Aus diesem Grunde müssen sich die Mitglieder des Centralverbandes der Maurer etwas mehr um den Streit kümmern, damit sie sich ein Mittel darüber bilden können, ob Kollege Daeche noch fernherin das höchste Ehrenamt im Verband bekleiden kann.

In einer öffentlichen Versammlung der Bureauangestellten in Berlin, am 19. Juni d. J., ist das folgende über die Ortskassenkasse der Maurer bezüglich ihres Vorstand gesagt worden:

„Bereits seit dem Jahre 1902 hat sich unsere Organisation (Verwaltungsbeamte der Krankenkassen) bemüht, für die in der Ortskassenkasse der Maurer beschäftigten Kollegen bessere Anstellungsbedingungen herbeizuführen. Eine Gehaltsverbesserung sowie die Verhöhung der Kollegen gegen Unfall ist trotz des Einwurfs eines arbeitnehmenden Vorstandsmitgliedes, daß diese Verhöhung wohl nicht nötig sei, da sich die Angestellten doch wohl keine Papierstücke für die Finger reißen würden, erzielt. Aber die Regelung der Anstellungsverhältnisse nach dem Tarif sei noch nicht gelungen. Der Vorstand der Ortskassenkasse der Maurer sei einer der auffälligsten Gegner des Tarifs und ist deswegen aus dem Centralverband der Ortskassenklassen ausgeschieden. Die Kollegen vertrate der Vorstand fortwährend in Unterwürfigkeit zu erhalten.“

Wie das zeigen folgender Fall: Ein Kollege wurde beschuldigt, sich in einer Gastwirtschaft nicht korrekt betragen zu haben. Er sei deshalb vom Vorstand zur Nachschafte gezwungen worden. Man habe den Gastwirt und dessen Frau vernommen und darauf den Kollegen verurteilt. Der Antrag des Kollegen, auch seine Zeugen zu vernnehmen, habe der Vorstand abgelehnt mit dem Bemerk, daß dabei doch nichts herauszufinden werte. Der Kollege habe darüber dem Gastwirt entschuldigen und außerdem sein Amt als Vertrauensmann der Kollegen niedergestellt müssen. — Auf Drängen unserer Organisation und der dortigen Kollegen sei der Vorstand der Ortskassenkasse der Maurer endlich soweit gekommen, für seine Angestellten einen schriftlichen Vertrag zu fixieren, worüber natürlich auch schon die Generalversammlung beraten und beschlossen habe. Unser Organisationsvertreter habe man verstanden, so sämtlich auszuhalten. So sei auf ein von diesen an den genannten Vorstand gerichtetes Schreiben von dem Vorstand den Herrn Daeche geantwortet, daß er die Angelegenheit dem Vorstand unterbreite und dann Bescheid geben werde. Dies sei im Februar gewesen, aber bis jetzt sei der vertragte Bescheid noch nicht eingegangen. Darauf sei mit den Kollegen ein Vertrag abgeschlossen, der jenseitsgleich ist. Zur Charakterisierung darf genügen, daß das in dem Vertrag vorgebrachte Schiedsgericht aus drei Vorstandsmitgliedern und drei Angestellten der Ortskassenkasse der Maurer mit einem von diesen seß zu wählenden Vorstehenden zu bilden sei. Die diesem Vertrag beigegebene Dienstordnung gleicht dem Tarif. Nachdem unsere Organisationsvertreter von diesem Monstrum Kenntnis erhalten habe, wurde den Kollegen empfohlen, daselbst nicht zu unterschreiben. Hierüber sei natürlich der Vorstand enttäuscht gewesen. Veränderungen seien abgelehnt mit dem Bemerk, daß es etwas nicht geben könne, die die Generalversammlung den Vertrag bereits geschlossen habe. Kurz vor dem 1. Februar habe der Vorsitzende Herr Daeche dann erklärt, wer den Vertrag nicht unterschreibe, werde keine Befreiung erhalten. Die Kollegen hätten hierzu darauf hingewiesen, daß doch diese Befreiung von der Generalversammlung festgestellt sei und daß der Vorstand diesen Beschluss nicht willkürlich inhibieren könne. Auch an Herrn Eugen Simanowski, Vorsitzender der Centralkommission und Schriftführer des Vorstandes der Ortskassenkasse der Maurer, hatten sie sich gewandt. Dieser hätte darauf hin gewiesen, daß sie doch nichts Schriftliches in Händen hätten und an dem Gegebenen nichts zu ändern sei. Hierauf hatten die Kollegen, gegen den Willen unserer Organisation, den sogenannten Vertrag unterschrieben.

Nun sei aber als Letztes folgendes hinzugekommen: Infolge Verminderung der Zahl der Kassenmitglieder sei die Entlassung zweier Angestellten notwendig geworden. Man habe aber nicht, entsprechend den Grundsätzen aller gewerkschaftlichen Organisationen, denen der Tarif angepaßt sei, den beiden Dienststünften gefügt, sondern aus acht Dienststünften habe der Vorstand seine Wahl getroffen. Diese sei gefallen auf einen erst längere Zeit dort beschäftigten Kollegen und auf den Kollegen Rudolph, der bereits vier Jahre dort beschäftigt sei, nachdem noch sieben Kollegen eingefallen und als Dienststünfere in Betracht gekommen seien. Der Kollege Rudolph sei seit längerer Zeit Vertrauensmann für die Kollegen der Ortskassenkasse der Maurer und bis vor kurzem Schriftführer unserer Ortsgruppe gewesen. Als letzterer habe er seine Pflicht getan und, wie das vom Schriftführer verlangt wurde, in objektivster Weise über eine Versammlung, in der das Verhältnis der Vorstandsmitglieder der Ortskassenkasse der Maurer etwas abfällig geblieben war, in unserer Zeitschrift berichtet. Hierüber sei Rudolph vom Vorsitzenden Daeche zur Rede gestellt worden. Den Hinweis Rudolfs, daß er nur seine Pflicht getan habe, Daeche nicht gelten lassen. Mit diesem Vorgang, sowie damit, daß Rudolph verachtet habe, die Interessen seiner Kollegen wahrzunehmen, hängt unweigerlich die Kündigung derselben zusammen.

Unsere hiesige Organisationsleitung habe hierauf die Kollegen der Ortskassenkasse der Maurer zu einer Sitzung eingeladen, um sie über den Vorgang zu befragen. Die Kollegen seien aber mit einer Ausnahme nicht erschienen. Damit sei unsere Organisationsleitung sowohl von dem Vorstand der Ortskassenkasse der Maurer, wie auch von den eigenen dort beschäftigten Kollegen ignoriert. Unfeindlich seien nun zwar diese Kollegen ihres Vorstandes gewesen und würden von diesem daher auch genommen, was sie wert seien. Unsere Organisation darf und werde sich aber auf keinen Fall folches gefallen lassen. Von den überall in den ersten Reihen der Arbeiter sich betätigenden Vorstandsmitgliedern der Ortskassenkasse der Maurer sei zu verlangen, daß sie den Kollegen Rudolph nicht entlassen und endlich ihrer Angestellten dem Tarif entsprechende Anstellungsbedingungen gewähren.“

Der Vorstand der Ortskassenkasse der Maurer darf sich nicht wundern, wenn ihre Stellung zu dem Düsseldorfer Tarif kopiert werde. Es sei bedauerlich, daß Gewerkschäfte es über sich brächten, in dieser Weise gegen die Einführung eines Tarifs zu arbeiten. Der Ausführungsleiter Daeche habe es für selbstverständliche erklär, daß die Angestellten der Organisation eine dreimonatliche Kündigung zu leisten. Der Krankenkassenvorsteher Daeche jedoch halte für die Angestellten der Kasse eine sechswöchentliche Kündigung für genügend. Es müsse einmal ausgesprochen werden, daß es Gewerkschäfte gebe, die da glauben, wenn sie Arbeitgeber sind, alle gewerkschaftlichen Grundfeste mit führen treten zu dürfen. Weil unsere Organisation nicht zum Streit zu greifen vermöge, seien viele Vorstände angesiedelt der Meinung, uns alles bieten zu können. Wir aber seien der Ansicht, daß gerade deswegen die Vorstände verpflichtet seien, uns gegenüber die Grundsätze der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen. Auch die anscheinende Furcht oder Interessengeföhl der Kollegen von der Ortskassenkasse der Maurer sei zu bedauern. Wenn die Organisation rufe, sei es Pflicht der Kollegen zu erscheinen. „Wenn Daeche es fertig bekomme, unserer Vertrauensmann zu kündigen — er müsse genau wissen, was das für eine Gewerkschaft zu bedeuten habe — und sich gegen die Einführung des Tarifs vertheidige, er gegen die Prinzipien der Arbeiterbewegung und gehöre daher, nicht auf den Posten, den er inne habe.“

Wir haben diesen Bericht dem Organ der Bureauangestellten entnommen; ein ähnlicher, etwas kürzerer Bericht war schon vorher im „Vorwärts“ erschienen, und darauf hat der Vorstand der angegriffenen Kasse folgende Antwort gegeben:

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie für Abschaffung von Tarifverträgen sind, die Anerkennung von Tarifverträgen unter allen Umständen und in jeder Form als gewerkschaftlichen Grundsatz aber nicht anerkennen können. Da einzelne Bestimmungen des in Frage kommenden Vertrages der genannten Kasse bei ihrem flutartigen Mitgliederzuwachs außerordentliche Lasten aufzulegen und die Durchführung ihrer sonstigen Verpflichtungen in Frage stellen, so hat die Kassenvertretung (Vorstand und Generalversammlung) diese Anstellungs- und Kündigungsbedingungen fast einstimmig abgelehnt, weil hier einstellig den Kassenmitgliedern Verpflichtungen auferlegt werden, welche bei den Mitgliederberührungen schwerig erledigt werden.

Andererseits ist die Kassenvertretung bei Normierung der Gehälter beim Anfangsgehalt über die Sache des Tarifs hinausgegangen. Sie hat fürzere Kritik für die Erreichung der Höchstgehalte eingesetzt, sie gewährt den Angestellten Urlaub von ein bis zwei Wochen; es ist ein Angestelltenausstausch und zur Erledigung von Streitigkeiten ein Schiedsgericht vorgesehen. Gewahrt sei auch, daß der jetzt zwischen der Kasse und den Angestellten bestehende Vertrag in gemeinsamer Beratung zwischen Vorstand und sämtlichen Angestellten (auch des Vertrauensmannes Rudolphi) festgestellt und von beiden Seiten ohne Widerspruch anerkannt ist.

Unrechtfertig widergegeben ist auch der Vorhang, welcher dem Kollegen Simanowski zur Last gelegt wird. Die Verhandlungen über den vom Vorstand vorgelegten Vertrag begannen im November v. J. zum Stillstand gekommen, weil die Angestellten erklärt, sie benötigten erst der Beratungen unter sich, würden aber dem Vorstand umgehend ihre eventuellen Abänderungsvorschläge unterbreiten. Da bis Ende Januar 1908 die von der Generalversammlung auf Grund der abschließenden Verträge zu gehaltenden zweijährigen Gehaltszulagen fällig wurden, eine Neuerung der Angestellten zum Vertrage aber immer noch nicht vorlag, so ist den beiden Vertrauensmännern der Angestellten vom Vorstand und Schriftführer des Vorstandes der Ortskassenkasse der Maurer, hatten sie sich gewandt. Dieser hätte darauf hin gewiesen, daß sie doch nichts Schriftliches in Händen hätten und an dem Gegebenen nichts zu ändern sei. Hierauf hatten die Kollegen, gegen den Willen unserer Organisation, den sogenannten Vertrag unterschrieben.

Nun sei aber als Letztes folgendes hinzugekommen: Infolge Verminderung der Zahl der Kassenmitglieder sei die Entlassung zweier Angestellten notwendig geworden. Man habe aber nicht, entsprechend den Grundsätzen aller gewerkschaftlichen Organisationen, denen der Tarif angepaßt sei, den beiden Dienststünften gefügt, sondern aus acht Dienststünften habe der Vorstand seine Wahl getroffen. Diese sei gefallen auf einen erst längere Zeit dort beschäftigten Kollegen und auf den Kollegen Rudolph, der bereits vier Jahre dort beschäftigt sei, nachdem noch sieben Kollegen eingefallen und als Dienststünfere in Betracht gekommen mitgezählt werden, daß der Vorstand nun umgehend eine Neuerung der Angestellten zum Vertrage erwartet, da er sonst dem Beschluss der Generalversammlung nicht nachkommen könnte. Diese Neuerung ist auch in wenigen Tagen durch Vorlegung der Abänderungsvorschläge erfolgt und daraufhin die Sache glatt erledigt. Die Beauftragung in der Versammlung, es sei die Unterscheidung des Vertrages von den Angestellten vor Aussichtung der Bürgen gefordert worden, ist ebenfalls unrichtig.

Der Vorwurf, er habe zwei der Angestellten unberechtigterweise entlassen, es bedeute dies bei dem Vertrauensmann Rudolph eine Maßregelung, weiß der Kassenvorstand als eine Verdächtigung ganz entschieden zurück. Die Kasse hat seit dem vorigen Jahre von ihrem mehr denn 19 000 Personen betragenden Mitgliederbestande über 6000 eingebüßt, so daß selbst jetzt im Hochsommer nur noch ca. 13 000 vorhanden sind. Da die Zahl der Angestellten 19 betrug, so war es, selbst bei wohlwollendster Verüchtigung der Interessen der Angestellten, notwendig, einige zu entlassen. Der Vorstand hatte die Frage sofort im Winter erworben, hoffte aber immer noch auf Besserung. Der längeren Beamten ist dies auch bereits längere Zeit vor der Kündigungsschreit mitgezählt worden, damit sie eventuell Gelegenheit zur Erlangung anderer Stellungen benutzen könnten. Auch kann nachgewiesen werden, daß der Vorsitzende der Kasse sich selbst bemüht hat, um die zu Entlassenden in anderen Kassen unterzubringen.

Der Vorwurf, er habe zwei der Angestellten unberechtigterweise entlassen, es bedeute dies bei dem Vertrauensmann Rudolph eine Maßregelung, weiß der Kassenvorstand als eine Verdächtigung ganz entschieden zurück. Die Kasse hat seit dem vorigen Jahre von ihrem mehr denn 19 000 Personen betragenden Mitgliederbestande über 6000 eingebüßt, so daß selbst jetzt im Hochsommer nur noch ca. 13 000 vorhanden sind. Da die Zahl der Angestellten 19 betrug, so war es, selbst bei wohlwollendster Verüchtigung der Interessen der Angestellten, notwendig, einige zu entlassen. Der Vorstand hatte die Frage sofort im Winter erworben, hoffte aber immer noch auf Besserung. Der längeren Beamten ist dies auch bereits längere Zeit vor der Kündigungsschreit mitgezählt worden, damit sie eventuell Gelegenheit zur Erlangung anderer Stellungen benutzen könnten. Auch kann nachgewiesen werden, daß der Vorsitzende der Kasse sich selbst bemüht hat, um die zu Entlassenden in anderen Kassen unterzubringen.

Der Vorwurf, er habe zwei der Angestellten war der Jüngstangestellte. Rudolph war allerdings, der Reihe nach, nicht der nächstfolgende. Seine Entlassung ist erfolgt aus verhältnistechnischen Gründen, auf Beschuß des Gesamtvorstandes, hat aber mit seiner Stellung als Vertrauensmann nicht das geringste gemein.

Wir werden die Angelegenheit auch in der außerordentlichen Generalversammlung der Kasse zur Sprache bringen, um den Delegierten Gelegenheit zur Aussprache zu geben und ihr Urteil zu hören. Auch kann es nur erwartet sein, wenn wir in die Lage versetzt werden, unserer gewerkschaftlichen Organisationen Rechenschaft über unsere Maßnahmen zu geben.

Der Gesamtvorstand der Ortskassenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Im Auftrage:
G. Daeche, Vorsitzender,
E. Simanowski, Schriftführer.

Aus dieser Erklärung und aus dem uns vorliegenden Bertrag der Maurerkasse geht hervor, daß dort die Angestellten in bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsleistung, Gehalt, Ferien usw. ebenso, wenn nicht besser gestellt sind, als je es nach ihrem Verbandsstarrif verlangt werden. Eine lebenslängliche Anstellung will ihnen die Kasse allerdings nicht gewähren, sondern das Dienstberührtsein soll beiderseits gleichmäßig nach voraufgegangener sechswöchentlicher Kündigung gelöst werden können. Man mag darüber streiten, ob für einen Bureaubeamten eine sechswöchentliche Kündigung genügt oder ob man besser drei Monate dafür ansetzt; auf eine längere Frist sollte man jedenfalls generell keinen Anspruch erheben.

Was die Entlassung des Rudolph betrifft, so kann von einer „Maßregelung“ doch gar keine Rede sein. Wenn man füllt allerdings auf den Standpunkt stellt, die Kasse ist nur der Beamten oder Bureauarbeiter wegen da, dann mag freilich jede Entlassung als eine „Maßregelung“ bezeichnet werden können. Vor solchen Erwägungen werden sich aber hoffentlich nicht allzuvielen Kassenvorstände und die Generalversammlungen der Mitglieder gewiß nicht leiten.

lassen. Wir haben nicht die Aufgabe, an Rudolph und seinen Mitstreiter Ratschläge zu ertheilen, sonst würden wir ihnen sagen: mag Euch nicht zu weit vor, die „Mahregung“ könnte sonst noch schlimm werden, aber nicht für den Staatsvorstand.

In der Ratsianerternung des streitigen Tariffs steht übrigens die Ortskrankenkasse der Berliner Maurer nicht allein. Auf eine Anfrage an den Vorstand des Centralverbandes der Ortskrankenkassen ist der Maurerkäfer trotz ihres gegenüberliegenden Standpunktes in der Tariffrage Mitglied des Verbandes sein können, hat sie folgende Antwort erhalten:

Dresden, am 24. Juni: 1908.

An den
Vorstand der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes.
zu Berlin.

Dem geehrten Vorstande erwidere ich auf das Schreiben vom 16. Juni d. J., daß der Anstellungsvertrag Ihrer Kasse dem Tarifvertrage allerding nicht entspricht.

Es war, aber vorauszusehen, was auch eingetreten ist, daß eine große Anzahl der dem Centralverband angehörenden Kästen dem Tarifvertrage nicht in allen Fällen entsprechen werde.

Allen diesen Kästen etwa anhinzugeben, aus dem Verbande auszutreten, kann uns nicht bekommen, lage auch nicht im Interesse der Beamten.

Sie können nach meiner Ansicht unbedenklich dem Verbande wieder beitreten, Sie finden darin viel Gleichgut.

Hochachtungsvoll ges.: F. Fräßdorff.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 41 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes gehen wir herbor: Hüter verschlossener Türen. — Die Bedeutung der Gewerkschaften und der Hamburger Kongress. Von Pavlus. — Die Landtagswahlen im Ruhrkreis und unsere Stellung im Zentrum. Von Wilhelm Gemke. — Die amerikanische Krise. Von L. B. Boudin (New York). II. — Wirtschaftliche Rundschau. A. Müller, Bilder aus der chemischen Technik. Von zw. Beiträgen beigegben ist, enthält: Henril Ibsen. Von G. Plechanow. Deutsch von A. Stein.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitertum (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 14 des 18. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10,-, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postzettel 55,-; unter Kreuzband 85,- Jahresabonnement 4,-.

Glossen zu Yves Gobots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums“. Vierte Ausgabe. Nebst einem Anhang: Neben die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau von August Bebel. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Diese Arbeit enthält in knappen, scharfen Linien eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luthers reaktionäre Reformationsbewegung. Im Anhang schildert Bebel in kurzen Zügen, wie die Frau in der heutigen Gesellschaft zur Sklaverei degradiert wird und nur im Sozialismus ihre Befreiung finden kann. Preis 75,-. Postausgabe 30,-. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteur.

Kommunale Praxis, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, die Hefte 23 bis 26. Die Kommunale Praxis beschäftigt sich mit allen Fragen, die das weltberühmte Gebiet der Kommunalpolitik umfaßt und kann die LeserInnen darüber in der Gemeinde tätigen Genossen empfohlen werden. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementpreis 3,- pro Quartal.

„In freien Stunden“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, die Hefte 28 und 29. In Heft 27 hat der außerordentlich spannende Roman: „Der Hain“ von Bucinec Dubrawa begonnen. Da dieser Heft nachgeliefert wird, ist jetzt der geeignete Termin zum Abonnieren der „freien Stunden“. Jedes Heft enthält außerdem eine Novelle, Humoreske usw. Der Preis ist 10,-. Zu beziehen durch alle Kolporteur und Parteibuchhandlungen.

Briefkasten.

Segeberg, May. Konsulat der Vereinigten Staaten Nordamerikas: Hamburg, Absolplatz 6, „Börsenhof“. Für Gesellschaft genügt: Gesellschaft der Vereinigten Staaten Nordamerikas in Berlin.

Berlin, 5. (Mai). Das Flugblatt wird mit dem „Grundstein“ nicht fortkommen. Jedenfalls aber Donnerstag abend dort.

Schwabach, Sch. Das können wir hier augenblicklich nicht feststellen. Der betreffende Kollege wird sich doch wohl freiwillig dazu definieren, wenn der Zweigvereinsvorstand nachhört.

Waldkirch, K. Wir hatten vom Gauvorstand schon einen Bericht stehen. Deine Ergänzungen werden in einer der nächsten Nummern abgedruckt.

Pirna, B. Der Bericht über die Bautenkontrolle war schon lange gelesen, als die Beförderung eintraf. Wurde nur wegen Platzmangel zurückgelegt, da die Angelegenheit ja — weil schon dort veröfentlicht — nicht brennt. Mit den Verfassungsberichten bleibt es wie beschlossen.

Halle a. d. S. Es sind fünf Sterbeanzeigen, zusammen 16 Seiten gleich 2,40 und für eine andere Anzeige 1,50, im ganzen also 4,90 zu zahlen.

Wiesenburg, Krankenkasse. Die Verfassungsanzeige kam zu spät.

Oranienburg, F. R. Gibt es denn weiter nichts von dort zu berichten als Klagen über schlechten Verfassungsbesuch? Derartige Einfügungen können wir nicht aufnehmen, wie würden sonst bald darin kommen, daß das Blatt nur von solchen Klagebriefen vor besämt. Würdlich hilft aber Klagen und Jammer am allerwenigsten die Verfassungen füllen; dies vermag nur kräftige mündliche Agitation unter den Kollegen.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15,-.)

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche). Am 5. Juli starb plötzlich unser treuer Kollege, der Maschinenpionier **August Hahn** im Alter von 41 Jahren. — Am 8. Juli starb unser Kollege, der Maschinenpionier **August Scholz** im Alter von 58 Jahren an Lungenschwundheit.

Cöln. Am 4. Juli starb das Mitglied der Puerktion **Albert Cadard** im Alter von 37 Jahren an Lungenschwundheit.

Duisburg. Am 7. Juli starb nach hirnmonnalem Leiden infolge Infarkt unser treuer Verbandskollege **Theodor Krusenbaum** im Alter von 40 Jahren.

Frankfurt a. M. Harheim. Am 4. Juli starb unser treuer Mitglied **Johann Quirin** im Alter von 30 Jahren nach langer Krankheit an Lungentuberkulose.

Geisen. Am 6. Juli starb unser Kollege **Oskar Bräuner** aus Südbüttel, wegen unheilbarer Krankheit freiwillig aus dem Leben.

Gamelin. Am 5. Juli starb unser Kollege **Wilhelm Beckmann** im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs. — Am 7. Juli starb unser Kollege **Constanz Thiel** im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.

Stet. Am 7. Juli starb unser Kollege **Hermann Radusch** im Alter von 34 Jahren an den Folgen eines am gleichen Tage passierten Infarktes.

Lünenburg. Am 7. Juli starb infolge Infarkt der Kollege **Wilh. Schütte** aus Etelsen im Alter von 21 Jahren.

Lübeck. Am 4. Juli starb unser langjähriges Mitglied **J. Prestien** im Alter von 39 Jahren infolge eines Abfalls.

Ludwigsfelde a. Rh. Am 29. Juni starb unser Verbandskollege **Ernst Eckert** im Alter von 32 Jahren nach langem Leiden, die die Folgen eines Infarktes waren.

Mainzheim. Am 6. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Nikolaus Köhler** im Alter von 25 Jahren an Lungentuberkulose.

München. Berg- a. m. 2. a. m. — Am 29. Juni starb unser Kollege **Josef Gerk** im Alter von 36 Jahren an der Proletarierkrankeit. — Ost. Am 9. Juli starb unser treuer Kollege **August Immlauer** an der Proletarierkrankeit. — Schauzen. Am 11. Juli starb unser treuer Kollege **Georg Behringer** unerwartet schnell an Lungentuberkulose.

Stuttgart. Am 4. Juli starb unser Verbandskollege **Gottlieb Kimmerle** (Sipper) aus Ostheim im Alter von 45 Jahren durch einen Sturz vom Gerüst.

Torgelow. Am 28. Juni starb unser Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Wilhelm Pretzner** im Alter von 56 Jahren an Lungentuberkulose.

Ulm. Am 10. Juli starb unser Kollege **Vähringer** im Alter von 27 Jahren nach langem Leiden.

Greifswald. Ihren Andenkens.

Duisburg. Das Bureau befindet sich Münfeldstr. 30.

Adresse: Karl Müller, Münfeldstr. 30. [60,-]

Heide. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist:

[90,-] **Max Henselin**, Osterweg 45.

Der Vorstand.

Unter neuer Kassierer, Kollege **Hugo Felsberg**, wohnt Thaaffter 85. [60,-] Der Vorstand.

Kattowitz. Die Adresse des Kassierers ist **Richard Franke**, Friederichstr. 63.

[90,-] Der Vorstand.

Sangerhausen. Der erste Vorsitzende, Kollege **Otto Dittmann**, wohnt Neumünsterstr. 21. Der erste Kassierer, Kollege **Otto Raua**, Münzen 10. [M. 20,-] Der Vorstand.

Gransee. Sonnabend, den 25. Juli, nachm. 2 Uhr:

Sommervergnügen

bestehend in

Konzert, Kinderbelustigungen und Abends Ball.

Alle Kollegen vom Zweigverein Gransee und Umgegend werden

freundlich eingeladen. [M. 3,-] Das Komitee.

Graudenz.

Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 Uhr:

Achtes Stiftungsfest

im Etablissement „Schwan“

bestehend in Konzert, Theater und Tanz.

Die Kollegen von Graudenz und Umgegend und die Kollegen

der zu Graudenz gehörenden Zabstellen werden hierdurch freundlich eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Hersfeld.

Sonnabend, den 19. Juli 1908:

Stiftungsfest

im Kleinwegs Garten.

Alle Kollegen von Hersfeld und Umgegend werden hierz

freundlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Halberstadt.

Sonnabend, den 26. Juli, im „Odeum“:

18. Stiftungsfest.

Nachmittags von 4 Uhr an:

Gartenkonzert, Preiskegeln und Kinderbelustigungen.

Abends von 8 Uhr an: Großer Ball.

Hierzu werden die Kollegen freundlich eingeladen. [M. 3,30]

Das Komitee.

Lüdenscheid.

Sonnabend, den 26. Juli, nachm. 4 Uhr:

Achtes Stiftungsfest

in den Lokalitäten:

des Herrn Grümmer, Schlittenbacherstraße, bestehend in Konzert, Theater und Ball, unter gütiger Mitwirkung der „Freien Volksbühne“.

Eintritt für Mitglieder 40,- (Dame frei).

Die Kollegen der Zabstellen werden freundlich eingeladen. [M. 4,20]

Das Komitee.

Gr. Veltheim a. d. Ohe.

(Zweigverein Braunschweig):

Sonnabend, den 26. Juli, nachm. 4 Uhr, bei Fritsch:

50 jähriges Fahnensfest

bestehend in Konzert und Ball.

Alle Kollegen der Zabstellen, wie auch von den Zweigvereinen Königslutter, Helmstedt und Wolfenbüttel werden hierdurch freundlich eingeladen. [M. 3,30]

Das Komitee.

Zahlstelle Wolmirstedt.

Sonnabend, 1. August, abends 8 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

im Lokal des Herrn Karl Kurze, Elben,

bestehend in Konzert, Umzug und Ball.

Hierzu laden alle Kollegen freundlich ein.

[M. 3,-] Das Komitee.

Zechau.

Sonnabend, den 26. Juli 1908:

* Stiftungsfest *

im Gasthof Zechau,

bestehend in Konzert, Umzug und Ball.

Die Kollegen der umliegenden Zweigvereine werden freundlich dazu eingeladen. [M. 3,-] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen:

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 18. Juli.

Bergedorf. Abends 8 Uhr in „St. Petersberg“.

Muskau. Abends 6 1/2 Uhr bei Weidholz. Mitgliedsbücher mitbringen.

Somnabend, den 19. Juli.

Templin. Nachm. 8 Uhr im Lokal des Herrn Krolla („Kaisertor“).

Schweiditz. Abends 8 Uhr im „Arbeitercafé“.

Dienstag, den 21. Juli.

Cunnersdorf. Abends 6 1/2 Uhr. Stadtwahl zum Verbandsstag. Besuchshof.

Abends 6 1/2 Uhr im „Garten Quelle“. T. O. Quartalsabrechnung.

Torgau. Abends 6 1/2 Uhr im Kleinen Lotz.

Donnerstag, den 23. Juli.

Pinneberg. Abends 6 1/2 Uhr bei Schöppel, Koppenstraße. Stadtwahl der Delegierten zum Verbandsjahr.

Waldheim. Abends 6 1/2 Uhr im Schauspiel Breitenberg. Bücher mitbringen.

Sonnabend, den 25. Juli.

Langenweidendorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Sporn.

Sonnabend, den 26. Juli.

Cöln. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Postkino. Seerinfest. 100,- T. O. Abrechnung der Zabstellen.

Nürnberg. (Sitzung der Friesenlegier). Vorm. 10 Uhr im Café Metz.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Ostern“.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Dienstag, den 21. Juli.

Danzig. Abends 8 Uhr bei Schmidt, Glimmmarkt 6. T. O. Abrechnung vom zweiten Quartal.

Berlin. Abends 8 Uhr im Lokal von Lautga, Glimmstraße 66.

Gr.-Lichterfelde. T. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht vom Generalversammlung.

Sonnabend, den 29. Juli.

Berlin. Abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Lautga, Glimmstraße 66.

Wiesenburg. Abends 8 Uhr im „Gärtner“. Mitgliedsbücher legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.